Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 211 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Donnerstag, 8. September 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Kampf um die Gleichberechtigung

Von Neuraths Schreiben an Frankreich

In dem vom Außenminister v. Neurath an die französische Regierung gerichteten Schreiben, das er, wie schon berichtet, in einer Unterredung mit einem Vertreter des Wolffbüros erläuterte, heißt es u. a.:

Nach den letzten Genfer Verhandlungen über das Abrüstungsproblem kommt es darauf an, den Versuch zu machen, alsbald auf diplomatischem Wege die Frage zu klären, die die deutsche Delegation in ihrer Schlußerklärung vom 22. Juli aufgeworfen hat. Die deutsche Regierung möchte sich zu diesem Zwecke in Verfolg der hierüber bereits in Genf mit den französischen Vertretern geführten vertraulichen Unterhaltungen zunächst mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Sie ist der Ansicht, daß eine

vertrauliche Aussprache zwischen der deutschen und der französischen Regierung, in der die beiderseitigen Standpunkte und Wünsche in voller Offenheit dargelegt werden, das beste Mittel zur Herbeiführung einer Verständigung

ist. Wenn die französische Regierung zu einer solchen vertraulichen Aussprache bereit ist, bleibt es beiden Regierungen natürlich unbenommen, die anderen hauptbeteiligten Regierungen, wie insbesondere die britische, italienische und amerikanische Regierung in geeigneter Weise zu informieren und zu gegebener Zeit an den Verhandlungen zu beteiligen.

Die Haltung der deutschen Delegation gegenüber der Resolution der Generalkommission vom 29. Juli war ausschließlich durch Gründe, die in der Sache selbst liegen, bestimmt und war unvermeidlich. Die Resolution legt wichtige Punkte für die endgültige Abrüstungskonvention fest und zwar in einer Weise, die bereits erkennen läßt, daß die Konvention in der Herabsetzung der Rüstungen außerordentlich weit hinter dem Versailler Vertrag zurückbleiben wird. Die deutsche Regierung konnte schon aus diesem Grunde der Resolution nicht zustimmen. Es kam aber noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu.

Tatsächlich hatten die Beschlüsse für Deutschland überhaupt keinen Sinn.

Denn trotz der Diskrepanz zwischen dem in ihnen vorgesehenen Abrüstungsregime und dem Regime des Versailler Vertrages

blieb in der Resolution die Frage völlig offen, ob die gefaßten Beschlüsse auch auf Deutschland Anwendung finden sollten.

Solange diese Frage nicht geklärt ist, ist für die deutsche Delegation auch bei den künftigen Beratungen über die endgültige Regelung der einzelnen Punkte des Abrüstungsproblems eine Mitwirkung nicht möglich. Um jedes Mißverständnis in dieser Beziehung auszuschließen, soll im folgenden noch einmal zusammenfassend dargelegt werden, was Deutschland unter der Gleichberechtigung versteht, und wie es sich praktisch die Verwirklichung dieses Prinzips denkt.

Deutschland hat stets gefordert, daß die anderen Staaten auf einen Rüstungsstand abrüsten, der dem Rüstungsstand entspricht, der Deutschland durch den Vertrag von Versailles auferlegt worden ist. Damit wäre dem Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung in einfachster Weise Rechnung getragen worden. Zu ihrem großen Bedauern hat jedoch die deutsche Regierung aus der Resolution vom 23. Juli ersehen müssen, daß die Konvention weder in den Methoden noch im Umfang der Abrüstung dem Muster von Versailles entsprechen wird. Die Lösung kann deshalb nur die sein, daß die Abrüstungskonvention für Deutschland an die Stelle des Teils V des Versailler Vertrages tritt, und daß hinsichtlich ihrer Geltungsdauer sowie hinsichtlich des Rechtszustandes nach ihrem Ablauf keine Sonderbestimmungen für Deutschland [illegible].

Die deutsche Regierung kann allerdings nicht darauf verzichten, daß in der Konvention das Recht Deutschlands auf einen seiner nationalen Sicherheit entsprechenden Rüstungsstand in geeigneter Weise zum Ausdruck kommt. Sie ist jedoch bereit, sich für die Laufzeit der ersten Konvention mit gewissen Modifikationen ihres Rüstungsstandes zu begnügen.

Auf dem Gebiete der qualitativen Abrüstung ist die deutsche Regierung bereit, jedes Waffenverbot zu akzeptieren, das für alle Staaten gleichmäßig zur Wirkung kommt. Dagegen müßten diejenigen Waffenkategorien, die durch die Konvention nicht allgemein verboten werden, grundsätzlich auch dem Deutschen Reiche erlaubt sein.

Was das Wehrsystem anbetrifft, so muß die deutsche Regierung auch für sich das Recht aller anderen Staaten in Anspruch nehmen, es im Rahmen der allgemein gültigen Bestimmungen so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Eigenarten des Landes entspricht. Die deutsche Regierung wird stets zur Erörterung von Plänen bereit sein, die dazu dienen, die Sicherheit für alle Staaten in gleicher Weise zu festigen.

In der Tat liegen die Dinge heute so, daß die Frage der deutschen Gleichberechtigung nicht mehr länger offen bleiben darf. Die Notwendigkeit ihrer Lösung ergibt sich aus dem bisherigen Verlauf und dem jetzigen Stande der Genfer Abrüstungsverhandlungen, darüber hinaus aber auch aus Gründen, die mit der allgemeinen internationalen Lage zusammenhängen. Es wird wesentlich zur Beruhigung der politischen Verhältnisse beitragen, wenn endlich die militärische Diskriminierung Deutschlands verschwindet, die vom deutschen Volke als Demütigung empfunden wird, und die zugleich die Herstellung eines ruhigen Gleichgewichts in Europa verhindert.

Frankreichs Antwort
auf die deutsche Denkschrift — Havas über den vermutlichen Inhalt

Wie Havas nach dem Kabinettsrat mitteilt, hat Ministerpräsident Herriot den Entwurf der Note verlesen, den er als Antwort auf die deutsche Denkschrift in der Frage der Rüstungsgleichberechtigung vorbereitet hat. Dieser Text werde endgültig erst nach dem Ministerrat angenommen werden, der wahrscheinlich am Freitag stattfindet, und wenn die englische Regierung dem Ministerpräsidenten ihre Ansicht über diese Frage zur Kenntnis gebracht haben wird.

Obwohl die französischen Minister keine bestimmten Angaben über den Inhalt der Note machten, ist es doch klar, so heißt es in der Havas-Depesche weiter, daß dieses Dokument eine Prüfung der juristischen und politischen Probleme enthält, die durch das deutsche Schriftstück aufgerollt wurden. Die Rüstungsmöglichkeiten Deutschlands seien durch den Versailler Vertrag festgesetzt. Dieser Vertrag sehe übrigens nur eine allgemeine Beschränkung der Rüstung vor, aber enthalte keine Bestimmungen im Hinblick auf jene Rüstungsvermehrung, die Deutschland fordere. Es stehe weder Frankreich noch Deutschland zu, die Klauseln des Versailler Vertrages zu ändern; allein die Unterzeichner dieses Vertrages hätten diese Macht. Aber die für eine solche Revision notwendigen Verhandlungen könnten nach den Bestimmungen des Vertrages selbst zu einer Herabsetzung der Rüstungen nur führen, wenn man für die interessierten Mächte auf das Mindestmaß Rücksicht nehme, das mit ihrer nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch eine gemeinsame Aktion ihnen auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar sei. In einer besseren Organisierung des Friedens könne sich schließlich die Lösung des durch die Reichsregierung aufgerollten Problems finden lassen.

Das Echo
in Deutschland

Die politischen Blätter nehmen mehr oder minder ausführlich Stellung zu den Erklärungen des Außenministers und erörtern die Bedeutung der deutschen Denkschrift. In einigen Blättern wird in diesem Zusammenhang auch die Erklärung des Reichswehrministers bei den ostpreußischen Manövern besprochen.

Der „Tag"

sagt: Die Erklärungen der beiden Minister umreißen mit erfreulicher Klarheit noch einmal den eindeutigen Standpunkt Deutschlands, den das ganze Volk zu dem seinen zu machen festen Willens ist. General von Schleichers entschlossene Zusicherung auf gefährdetem ostmärkischen Boden, alles zu tun, um die deutsche Landesverteidigung sicherzustellen, ist eine nationale und soldatische Unterstreichung der abgewogenen Ausführungen des Reichsaußenministers von Neurath, der gleichwohl ebenfalls an der Entschlossenheit der Reichsregierung und der Nation, ihr Wehrrecht durchzusetzen, nicht rütteln und deuteln läßt. Die loyale und maßvolle Forderung auf Gleichberechtigung mit einer zweistufigen materiellen Rüstungsangleichung ist der wirkungsvollste Gegenzug gegen die Pariser Manöver, durch Verleumdung den deutschen Anspruch vor der Oeffentlichkeit zu diffamieren

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung"

überschreibt ihren Kommentar „Verstende Ketten" und nennt die deutschen Forderungen sehr gemäßigt. Deutschland sei auch heute noch der abrüstungswilligste Staat der Welt. . . . Es sei kein Zufall, daß am gleichen Tage Reichswehrminister von Schleicher in Ostpreußen der Entschlossenheit, die besonders bedrohte Provinz mit allen Mitteln und Kräften zu verteidigen, eindeutigen Ausdruck verliehen habe

Die „Germania"

erklärt, die Reichsregierung geht mit dieser Denkschrift einen Weg, auf welchem ihr jeder Deutsche folgen wird, für den die Sicherheit und die Gleichberechtigung der Nation eine selbstverständliche Voraussetzung nationaler Ehre und Würde bedeutet.

Der „Vorwärts"

bezeichnet die Veröffentlichung des Memorandums als eine Notwendigkeit. Das Blatt bemängelt aber, daß der Außenminister Frankreichs Bezugnahme auf den Vertrauenspakt kritisiert habe.

Das „Berliner Tageblatt"

meint, daß die Bekanntgabe der Aufzeichnung in diesem Augenblick bestimmt sei, unmittelbar vor der Sitzung des französischen Ministerrats, die sich mit den deutschen Forderungen zur Rüstungsfrage beschäftigen soll, die Welt zu überzeugen, daß diese Forderungen keineswegs den in der französischen Presse angegebenen Charakter tragen.

In französischen diplomatischen und Regierungskreisen

ist, wie Havas erklärt, die Veröffentlichung der deutschen Denkschrift nicht ungünstig aufgenommen worden. Man sei nämlich der Ansicht, daß die durch das Dokument geschaffene Lage durch die jetzige Berliner Initiative noch weiter geklärt sei, nachdem die Situation schon durch Reden und Interviews des deutschen Reichswehrministers, die vor und nach der Denkschriftenübergabe erteilt wurden, präzisiert worden sei. Durch die Berliner Initiative sei den Verhandlungen über dieses Problem nunmehr jeder vertrauliche Charakter genommen, und es lasse sich voraussagen, daß auch die französische Regierung ihre Antwort an Deutschland veröffentlichen werde, sobald sie von der deutschen Regierung zur Kenntnis genommen sein werde.

Französische Pressestimmen

Ein großer Teil der französischen Blätter veröffentlicht den Wortlaut des deutschen Briefes und teilweise auch die vom Reichsaußenminister dazu abgegebenen Erläuterungen. Kommentare finden sich bisher so gut wie nicht. Lediglich

„Oeuvre"

erklärt, das deutsche Resumee sei nicht im Ton einer Anklage gehalten. Es handle sich vielmehr um die Klage einer Nation, die sich gedemütigt glaube und sich nicht mehr damit abfinden könne, als eine Macht zweiten Ranges zu gelten, und die die Vorteile des allgemeinen Rechts für sich beanspruche: Abrüstung aller oder das Recht für sich, zu rüsten.

Einige Bemerkungen dagegen finden die in Elbing abgegebenen Erklärungen des Generals von Schleicher.

„Journal"

glaubt, die Rede als „aggressiv" bezeichnen zu können.

„Echo de Paris"

meint, General von Schleicher wolle eine Miliz für Ostpreußen schaffen. Wichtig sei, daß zum ersten Male eine amtliche Persönlichkeit eine Forderung vorgetragen habe, die auf die Schaffung einer Miliz nach Schweizer Muster abziele. Aehnlich äußert sich

„Petit Parisien".

Das Blatt bemerkt dazu, der Ort, an dem die Aeußerung des Generals von Schleicher gemacht wurde, gebe ihr eine ganz besondere Bedeutung.

Zuversichtliche Urteile über die Weltwirtschaftslage in der englischen Presse

Daily Telegraph schreibt: Aus allen Teilen der Welt trafen Meldungen von einem zunehmenden Optimismus auf dem Gebiet des Handels ein. Das Vertrauen gründet sich hauptsächlich auf die stetige Erholung der Preise für Weizen, Baumwolle, Kautschuk und Metalle sowie die guten Nachrichten von der Pariser und der Berliner Börse.

Der Berliner Korrespondent des Daily Telegraph sagt, beinahe über Nacht sei bei der deutschen Geschäftswelt grenzenloses Vertrauen eingekehrt. Dieser Stimmungsumschwung habe auch auf die breiten Massen des Publikums übergegriffen. Die stärkste Anregung für diese Erscheinung sei natürlich das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen.

Auch in der Daily Mail heißt es, jeder Tag bringe neue Meldungen über Wiederbelebung des Handels in vielen Ländern.

Einigung im belgischen Bergbau

Aus Brüssel, 7. Sept., wird gemeldet: In der gemischten Bergbaukommission ist es heute zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einem Vergleich gekommen, der auch vom Ausschuß des sozialistischen Kohlenarbeiterverbandes gebilligt wurde. Dagegen behielt sich der Verband der Kohlenzechenbesitzer seine endgültige Entscheidung bis morgen vor.

Sachlich enthält die Einigungsformel eine allgemeine Lohnerhöhung von allerdings nur 1% ab 1. Oktober 1932.

Im Borinage-Gebiet wird nach Möglichkeit das gesamte Personal wieder eingestellt, wobei das System des Arbeitswechsels zur Vermeidung der völligen Arbeitslosigkeit eingeführt wird. Auch in den anderen Kohlenrevieren soll eine ähnliche Arbeitsweise angeordnet werden.

In Brüssel

steht im Gegensatz zu der bürgerlichen Presse, die das deutsche Verlangen nach militärischer Gleichberechtigung für rechtlich unzulässig hält, ein Aufsatz der Libre Belgique (katholisch-konservativ), in dem es heißt: „Man muß so mutig und ehrlich sein, anzuerkennen, daß die deutschen Forderungen rechtlich schwer abzuweisen sind." Die Frage sei viel delikater, als der Ton der französischen Presse annehmen lasse. Auf Grund der klaren Verpflichtungen von 1919 habe Clemenceau anerkannt, daß die Entwaffnung Deutschlands das Vorspiel zur allgemeinen Abrüstung sein sollte. Die Deutschen seien heute Abrüstungsgläubiger der übrigen Mächte, Frankreichs Widerstand gegen eine wesentliche Rüstungsverminderung habe das Scheitern der Abrüstungskonferenz herbeigeführt. Es sei unverständlich, daß man jene Waffen, die für Deutschland untersagt waren, als Defensivwaffen bezeichnete und damit Deutschland einen weiteren Grund gab, sich über seine Unsicherheit und entehrende Herabsetzung zu beklagen. Das Blatt hält allerdings den Augenblick der deutschen Aktion für unangebracht und will der militärischen Regierung Deutschlands das Recht aberkennen, sich für Abrüstung einzusetzen. Es betont aber schließlich, es gelte aus der heutigen Lage herauszukommen und die in den Friedensverträgen für die besiegten Staaten eingeführten Methoden allgemein anzuwenden.

Amerikanische Blätter

bringen die deutschen Ausführungen über die Gleichberechtigung in großer Aufmachung.

„Herald Tribune"

veröffentlicht aus Washington ungefähr den gleichen Kommentar, wie ihn das Staatsdepartement am 1. September gegeben hat

„Times"

melden außerdem, in Regierungskreisen bestehe Sympathie für Deutschlands Wunsch nach dem richtigen Platz unter den Nationen. Indessen hege man einige Befürchtungen für den Erfolg der Abrüstungskonferenz. Im wesentlichen beobachte man jedoch die größte Zurückhaltung und vertraue darauf, daß der weitere Verlauf der Ereignisse sich so gestalte, daß Deutschland doch an der Konferenz teilnehmen werde.

Reichstagsauflösung?

Reichstagsentscheidung voraussichtlich nächste Woche

Nachdem der Reichstag jetzt endgültig für Montag zu seiner zweiten Sitzung einberufen ist, wird in parlamentarischen Kreisen die Frage erörtert, wie sich nach der Regierungserklärung die Dinge weiter entwickeln werden. Der Reichskanzler hat sich schon bereit erklärt, am Montag seine Programmrede vor dem Reichstag zu halten. Die weiteren Dispositionen des Reichstages werden nicht unwesentlich von dem Ergebnis des Empfanges des Reichstagspräsidiums durch den Reichspräsidenten abhängen. Der Aeltestenrat wird am Montagvormittag zusammentreten, um die weiteren Beschlüsse für die Arbeiten des Reichstages zu fassen.

Wie das VdZ.-Büro von gut unterrichteter Stelle hört, ist nicht damit zu rechnen, daß nach der Kanzlerrede oder vor den Abstimmungen eine längere Reichstagsvertagung erfolgt, um inzwischen weitere Zeit für Verhandlungen zu gewinnen. Es ist vielmehr beabsichtigt, im Anschluß an die Kanzlerrede oder am Tage darauf sofort mit der großen politischen Aussprache zu beginnen, die bis Ende der Woche dauern wird. Im Anschluß daran sollen dann die entscheidenden Abstimmungen erfolgen. Ob es zu diesen Abstimmungen noch kommen wird, hängt von den Entschließungen der Reichsregierung ab.

Die Mitteilungen über die Rede des Reichstagspräsidenten Goering am Dienstagabend haben in parlamentarischen Kreisen lebhaftes Aufsehen erregt. Vielfach wurde daraus der Schluß gezogen, daß die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten vor dem Abbruch ständen. Demgegenüber wird dem VdZ.-Büro erklärt, daß eine solche Schlußfolgerung nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen nicht berechtigt sei. Die Verhandlungen würden vielmehr noch immer fortgesetzt, und es seien auch neue Verhandlungstermine anberaumt.

Auflösung wahrscheinlich

Das Contibüro berichtet unterm 7. Sept.: In politischen Kreisen interessiert man sich natürlich lebhaft für die Frage, wie sich die politische Lage nun während der nächsten acht Tage entwickeln wird. Es ist jetzt sicher, daß der Reichspräsident am Freitag zurückkehrt.

Der Empfang des Reichstagspräsidenten Goering wird am Samstag stattfinden. In Kreisen der Wilhelmstraße bezeichnet man diesen Empfang als einen Höflichkeitsbesuch. Am Montagnachmittag wird der Kanzler im Reichstag seine große politische Rede halten und daran schließt sich voraussichtlich die Aussprache an. In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß bis etwa Mittwoch abend eine Klärung der innerpolitischen Situation eintreten werde. Nach der augenblicklichen Beurteilung hält man die Auflösung des Reichstages für kaum noch vermeidbar. Sie würde dann also Mitte der nächsten Woche erfolgen. Die Neuwahlen würden dann in der ersten Novemberhälfte, also Sonntag, 6. Nov., stattfinden.

Die Koalitionsverhandlungen in Preußen

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, werden die Koalitionsbesprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum in Preußen am Donnerstag fortgesetzt. Vom Ausgang dieser Verhandlungen hängt es ab, ob das Landtagsplenum, das bisher für den 21. September einberufen ist, vor diesem Termin zusammentreten kann. Sollten die Verhandlungen ein positives Ergebnis haben, dann ist mit einer früheren Einberufung des Landtagsplenums zu rechnen, wobei als einziger Punkt auf die Tagesordnung käme: „Neuwahl des Ministerpräsidenten". Bei den Koalitionsbesprechungen werden die Querverbindungen zwischen Preußen und Reich fortlaufend aufrechterhalten. So hatte der Landtagspräsident Kerrl, ein maßgeblicher Vertreter der Nationalsozialisten in den Koalitionsverhandlungen, eine Aussprache mit dem Reichstagspräsidenten Goering, der die Nationalsozialisten bei den Verhandlungen im Reich wesentlich mit vertritt.

Reichstagspräsident Goering über die Lage

Reichstagspräsident Goering führte in einer nationalsozialistischen Versammlung am Dienstagabend in Berlin in der Bockbrauerei in einer Rede u. a. aus, man habe Hitler den Vizekanzlerposten angeboten. Das Amt eines Stellvertreters sei aber für Hitler ausgeschlossen.

Goering erinnerte sodann an das Jahr 1923, als die Nationalsozialisten der „Reaktion" gegenübergestanden hätten. Er selbst habe damals an der Spitze der von ihm kommandierten SA. zwei Kugeln wegbekommen. Das zweite Mal würden die Nationalsozialisten der „Reaktion" nicht so bequem in die Maschinengewehre hineinmarschieren.

Nach dem Bericht des Contibüros hat Goering dann gesagt: „Die Deutschnationalen behaupten, unsere Verhandlungen mit dem Zentrum wären eine Sünde gegen den Heiligen Geist. Das sind dieselben Deutschnationalen, die mit dem Zentrum bereits in einer Koalition gesessen haben, während wir uns zunächst mit dem Zentrum über eine Regierungsmöglichkeit unterhalten." Man habe so spekuliert: Wenn das Zentrum und die Nationalsozialisten zusammengingen und man den Reichstag dann auflösen würde, müsse das Zentrum zehn und die Nationalsozialisten 50 Sitze verlieren an die neue „Papen-Partei". Nach mehrmaligem Auflösen glaube man, eine Mehrheit für die Papen-Partei gesammelt zu haben. Damit könne man die Nationalsozialisten nicht schrecken, sie wählten gerne noch einmal. Bei der nächsten Wahl würden die Nationalsozialisten viel Zulauf haben. Am 31. Juli hätten noch viele Millionen deutscher Arbeiter für die SPD. wählen zu können geglaubt. Man fürchtete, so fuhr Goering fort, daß Papen zu uns gehört. Jetzt ist ja dafür gesorgt, daß auch dem Dümmsten klar sein muß, wie wir mit Papen stehen. Einen etwaigen neuen Kampf werden wir mit klarer Front führen, und wie wir den „bürgerlichen Mischmasch" beseitigt und die Sozialdemokratie besiegt haben, so werden wir auch die Reaktion zum Teufel jagen.

Unter der Anklage des Landfriedensbruchs

Die Erste Kammer des Sondergerichtes in Berlin fällte das Urteil in dem unter dem Rubrum „Spannagel und Genossen" in zwei Tagen verhandelten Zusammenstoß in der Höchsterstraße. Von den angeklagten Kommunisten wurden zwei wegen schweren Landfriedensbruches zu je zwei Jahren Zuchthaus und drei zu je einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Zwei Kommunisten und ein Reichsbannermann wurden freigesprochen.

*

Vor dem Breslauer Sondergericht begann ein Prozeß gegen 30 Reichsbannerleute und zwei SA.-Männer, die des schweren Landfriedensbruches, zum Teil auch der Rädelsführerschaft angeklagt sind. Insgesamt wurden 59 Zeugen geladen, von denen etwa 30 am ersten Tage vernommen wurden.

Roehms Einspruch gegen die Veröffentlichung seiner Briefe zurückgezogen

Das Contibüro meldet aus München, 7. Sept.: Der seit einiger Zeit schwebende Streit um die vom Dr. Helmut Klotz vorgenommene Veröffentlichung der „Roehmbriefe" hat jetzt ein überraschendes Ende gefunden. Roehm hatte gegen Klotz eine einstweilige Verfügung in der Angelegenheit beantragt und wurde vom Landgericht abgewiesen. Die mündliche Verhandlung vor dem Oberlandesgericht, die im Juli stattfand, gelangte zu einem Versäumnisurteil, gegen das Roehm Einspruch erhob. Darüber sollte heute vor der Zweiten Ferienzivilkammer verhandelt werden. Vor Eintritt in die Verhandlung gab nun der Rechtsbeistand von Dr. Klotz bekannt, daß ihm eine halbe Stunde vor dem Verhandlungstermin eine Erklärung Roehms zugestellt wurde des Inhalts, daß Roehm seinen Einspruch zurückziehe. Eine gleichlautende Erklärung Roehms erhielt auch das Gericht. Damit ist der Antrag Roehms auf ein Verbot der Weiterverbreitung der Broschüre Dr. Klotz, die seine Briefe wiedergibt, zurückgewiesen, und Hauptmann a. D. Roehm hat die ganzen Kosten des Verfahrens zu tragen.

Gegen die Arbeitslosigkeit

Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit

vom 5. September 1932 sei wegen ihrer großen Bedeutung hier näher wiedergegeben:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung vom 14. Juni 1932 und der Verordnung zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September hat die Reichsregierung eine Verordnung erlassen, die in drei Teilen insgesamt 13 Paragraphen umfaßt.

Teil 1: Vermehrung der Arbeitnehmerzahl

bestimmt u. a.: Werden in einem Betriebe oder in einer Betriebsabteilung mehr Arbeiter beschäftigt als am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, so ist der Arbeitgeber ohne Aenderung des Arbeitsvertrages berechtigt, während der Dauer der Erhöhung der Arbeiterzahl, jedoch nicht für die Zeit vor dem 15. September 1932, die jeweiligen tarifvertraglichen Lohnsätze für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde zu unterschreiten.

Die zulässige Unterschreitung beträgt während einer Vermehrung der Arbeiterzahl von

mindestens 5 v. H.	10 v. H.
mindestens 10 v. H.	20 v. H.
mindestens 15 v. H.	30 v. H.
mindestens 20 v. H.	40 v. H.
mindestens 25 v. H.	50 v. H.

Entsprechendes gilt bei Erhöhung der Zahl der Angestellten für die Gehaltssätze.

Diese Vorschrift gilt im allgemeinen nicht für gewerbliche Betriebe, die regelmäßig nur während einer bestimmten Zeit des Jahres oder in einer bestimmten Jahreszeit außergewöhnlich verstärkt arbeiten, wenn diese Zeit in die Monate September bis März fällt.

Der Arbeitgeber hat der Belegschaft durch Aushang Kenntnis von der Zahl der am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 beschäftigten Arbeiter oder Angestellten und vor der vorgenommenen Vermehrung ihrer Zahl und den ermäßigten Lohn- oder Gehaltssätzen zu geben. Dem Schlichter ist Anzeige zu machen.

Er kann dem Arbeitgeber die Berechtigung zur Unterschreitung der tarifvertraglichen Lohnsätze ganz oder teilweise entziehen.

Die Entscheidung des Schlichters ist bindend. Er ist berechtigt, bei Aenderung der Verhältnisse seine Entscheidung abzuschwächen oder aufzuheben.

Werden in einem landwirtschaftlichen Betrieb [illegible] Monatsdurchschnitt mehr Arbeiter beschäftigt als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres, so ist der Arbeitgeber ohne Aenderung des Arbeitsvertrages berechtigt, für diesen Monat, jedoch nicht für die Zeit vor dem 15. September 1932, die jeweiligen tarifvertraglichen Lohnsätze zu unterschreiten.

Die hiernach zulässige Unterschreitung der tarifvertraglichen Lohnsätze beträgt bei einer Vermehrung der Arbeiterzahl von

mindestens 5 v. H.	2 v. H.,
mindestens 10 v. H.	4 v. H.,
mindestens 15 v. H.	6 v. H.,
mindestens 20 v. H.	8 v. H.,
mindestens 25 v. H.	10 v. H.

Bei Arbeitern, deren tarifvertragliche Sachbezüge dem Werte nach die tarifvertraglichen Lohnsätze übersteigen, verdoppeln sich die Hundertsätze der zulässigen Unterschreitung.

Entsprechendes gilt bei Erhöhung der Zahl der Angestellten für die Gehaltssätze.

Teil 2, der sich mit der

„Erhaltung gefährdeter Betriebe"

befaßt, besagt u. a.:

Gefährdet die Erfüllung der dem Arbeitgeber obliegenden tarifvertraglichen Verpflichtungen die Weiterführung eines Betriebes oder seine Wiederaufnahme infolge besonderer Umstände, so kann der Schlichter den Arbeitgeber ermächtigen, die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltssätze in bestimmtem Umfang ohne Aenderung des Arbeitsvertrages zu unterschreiten.

Den Umfang der zulässigen Unterschreitung setzt der Schlichter fest. Er darf dabei nicht über 20 v. H. der tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltssätze hinausgehen.

Im Falle der Ermächtigung ist der Zeitpunkt festzustellen, mit dem sie wirksam wird. Die Ermächtigung kann befristet werden.

Die Entscheidung des Schlichters ist bindend. Er ist berechtigt, bei Aenderung der Verhältnisse seine Entscheidung abzuändern oder aufzuheben.

Teil 3 enthält

„Gemeinsame Vorschriften"

und verfügt u. a.:

Die für die Betriebe geltenden Vorschriften gelten auch für die Verwaltung.

Für die Durchführung dieser Verordnung ist der Schlichter zuständig, in dessen Bezirk der Betrieb seinen Sitz hat.

Der Schlichter und seine Stellvertreter sind bei Durchführung der Verordnung als Beauftragte des Reichsarbeitsministers tätig und an seine Weisungen gebunden.

Die öffentlichen Behörden und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung haben den Schlichter bei der Durchführung der Verordnung zu unterstützen.

Die Reichsanstalt hat die ihm dazu erforderlichen Hilfskräfte kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Reichsanstalt trägt auch die den Schlichtungsbehörden aus der Durchführung der Verordnung erwachsenden Kosten.

Die Verordnung tritt, soweit es sich um Maßnahmen zu ihrer Durchführung handelt, am Tage ihrer Verkündigung, im übrigen am 15. September 1932 in Kraft. Die Vorschriften unter Teil 1 treten am 31. März 1933 außer Kraft.

Der Reichsarbeitsminister ist ermächtigt, zur Durchführung und Ergänzung dieser Verordnung Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

Die Verordnung ist unterzeichnet von Reichskanzler von Papen, Reichsarbeitsminister Schäffer, Reichswirtschaftsminister Warmbold und dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Freiherrn v. Braun.

Das „Werkjahr" der Akademiker

Zwischen den zuständigen Referenten des Reichsinnenministeriums und den Hochschulreferenten der Länder hat eine Fühlungnahme stattgefunden über die Frage der Einführung eines Werkjahres der Akademiker. Die Einführung dieses Werkjahres hat bei den Hochschulreferenten der Länder weitest gehende Zustimmung gefunden. Im einzelnen soll der Plan noch in seinen Grundzügen festgestellt werden und in weiteren Besprechungen mit den Hochschulrektoren, dem Reichskommissar für den Arbeitsdienst und den Berufsorganisationen erörtert werden. Man nimmt in zuständigen Kreisen an, daß diese Vorbesprechungen bis Mitte nächster Woche erledigt sein können, so daß dann die offiziellen abschließenden Verhandlungen beginnen können. Das Ziel der Verhandlungen ist, das Werkjahr vom 1. April nächsten Jahres ab in Kraft treten zu lassen.

Der Afa-Bund gegen das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

Nach eingehender Beratung hat der Afa-Bundesvorstand, wie er mitteilt, zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung mit einer Entschließung Stellung genommen, in der u. a. ausgeführt wird, daß das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung grundsätzlich dem Verlangen der Gewerkschaften nach einem Umbau der Wirtschaft und ausreichender öffentlicher Arbeitsbeschaffung widerspreche. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmer werde durch die Verordnung unerträglich geschmälert und alle sozialpolitischen Errungenschaften der letzten 14 Jahre würden aufs schwerste gefährdet. Durch den Lohn- und Sozialabbau werde die Massenkaufkraft weiter gedrosselt.

Dementsprechend wird in der Entschließung angekündigt, daß die Maßnahmen der Regierung auf den „schärfsten Widerstand" der Gewerkschaften stoßen würden. Bemängelt wird u. a. noch, daß statt der Finanzierung eines ausreichenden Arbeitsbeschaffungsprogramms Milliarden aus öffentlichen Mitteln für Entlastung der privaten Unternehmen eingesetzt würden, und daß die von den Arbeitnehmern geforderte allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf gesetzlicher Grundlage ausgeblieben sei. Die Handelspolitik müsse prak-

Von den Luftschutzübungen an der Ostseeküste



Ein Bild von der Tätigkeit der Flugzeugabwehrkanonen bei den Luftschutzübungen: ein Geschütz beschießt ein feindliches Flugzeug, das die Gegend mit Gasbomben belegt hat.



Wenige Sekunden nach dem Gasalarm stürmen die Kinder aus den Klassenräumen ins Freie — vor dem Mund haben sie zum Schutz gegen das Gas nasse Tücher und Mullbinden.

Neuer Preußischer Pressechef



Zum Leiter der Pressestelle beim Preußischen Staatsministerium ist Dr. von Carlowitz, bisher im Reichswehrministerium, ernannt worden.

Die Umorganisation der preußischen Pressestelle

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, ist die Umorganisation in der Pressestelle des preußischen Staatsministeriums, die bereits einsetzte, als Ministerpräsident Dr. Braun seinen Krankheitsurlaub antrat, nunmehr abgeschlossen worden. Zum neuen Leiter der Pressestelle des preußischen Staatsministeriums wurde der Oberregierungsrat **von Carlowitz** ernannt, der früher als Hauptmann im Reichswehrministerium Dienst tat und unter der Regierung von Papen in die Reichspressestelle berufen worden war. Von Carlowitz sollte hier ursprünglich das Innenreferat übernehmen, dessen Leiter, Oberregierungsrat **Dr. Heide**, die Führung der preußischen Pressestelle übertragen erhalten sollte. Nach der Neuregelung bleibt Dr. Heide in der Reichspressestelle. Neben von Carlowitz werden in der umorganisierten Pressestelle des preußischen Staatsministeriums nur noch zwei Beamte tätig sein, nämlich Regierungsrat **Bormann** und ein auf Privatdienstvertrag anzustellender Journalist. Regierungsrat Bormann ist zugleich der einzige Beamte, der von der alten Pressestelle des Kabinetts Braun übernommen wird. Der bisherige stellvertretende preußische Pressechef, Oberregierungsrat **Harteck**, wird von der Reichsfinanzverwaltung übernommen, während der Pressechef des Kabinetts Braun, Ministerialrat **Goslar**, der vorläufig bis 1. Oktober beurlaubt war, die Mitteilung erhalten hat, daß er ab 1. Oktober zur Disposition gestellt sei.

---

tisch zur Abschnürung vom Weltmarkt führen und die Lohnpolitik müsse eine neue starke Schrumpfung des inneren Marktes im Gefolge haben.

Von den Parteien, die sich im Wahlkampf für die Arbeitsbeschaffung und gegen den Lohnabbau, für die öffentliche Kontrolle der Wirtschaft gegen die Zerstörung der sozialen Rechte eingesetzt haben, verlangt die Erklärung, daß sie ihre Mehrheit im Reichstag benutzen, die Aufhebung dieser Notverordnung herbeizuführen.

Ein Italiener lobt die Leistungen der Reichsregierung

Der Berliner Korrespondent des „Giornale d'Italia", der bereits vor einigen Tagen das Vorgehen des Reichskanzlers als tatkräftig und energisch hervorgehoben hatte, unterstreicht neuerdings die ungeheuere Arbeit, die der deutsche Reichskanzler in so kurzer Zeit geleistet habe.

Noch nie habe eine deutsche Regierung soviel Initiative und soviel Entschlossenheit gezeigt sowohl im Auslande, wie auch im Inlande. Man könne sagen, daß es keine politische Frage von einiger Bedeutung für Deutschland gebe, die nicht in der kurzen Spanne der letzten Wochen in Angriff genommen worden sei. Im Inneren die Verwaltungsreform, die bereits praktisch den absurden Dualismus zwischen Preußen und Reich gelöst habe. Das dornige Problem der Abrüstung oder besser der Ausgleich Deutschlands an die Großmächte sei unerwartet und energisch von Minister von Schleicher gestellt worden. Der erste Schlag sei stark und entschieden gewesen und habe unzweifelhaft die Lage Deutschlands gebessert. Auch die Kolonialfrage sei angeschnitten worden.

Der Korrespondent weist dann ferner auf den Aufruf von Papens für das Saargebiet hin und schreibt weiter, wie man sehe, wolle die Regierung von Papen dem Volke und dem Parlamentarismus beweisen, was in kurzer Zeit ein sicherer und entschlossener Wille im Interesse des Landes tun könne. Die Regierung Papen-Schleicher habe in zwei Monaten mehr getan, als die anderen in vielen Jahren. Neue Kräfte schlössen sich zusammen, neue Kräfte, die das Gleichgewicht in das politische Leben Deutschlands tragen sollten.

Staatssekretär Stimson zu den wichtigsten Fragen der internationalen Politik

Aus Washington wird gemeldet: Der Staatssekretär des Aeußern, Stimson, erklärte nach einer Konferenz mit Präsident Hoover u. a., das Staatsdepartement habe weder mit der deutschen noch mit den früheren alliierten Regierungen Verhandlungen über die Neuregelung der Schuldenfrage gehabt. Stimson lehnte es ab, sich über das in vollem Text veröffentlichte deutsche Memorandum zur Rüstungsfrage zu äußern und teilte mit, daß er bisher von der französischen Regierung keinerlei Nachricht über den Inhalt der beabsichtigten französischen Antwort erhalten habe. Auch habe er von der Reichsregierung keine Mitteilung über das angeblich geplante Moratorium für die deutschen Amerika-Schulden bekommen.

Frauenmord in Berlin

Aus Berlin, 7. Sept., wird berichtet: Die 56 Jahre alte Sprachlehrerin Carl-Bruscato wurde heute abend in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Frau Carl lebte seit einiger Zeit von ihrem Manne geschieden und betätigte sich als Sprachlehrerin. Als heute abend die erwachsene Tochter bei ihrer Mutter erschien, wurde auf ihr Klopfen nicht geöffnet, so daß sie das Ueberfallkommando herbeirief. Die Beamten öffneten die Wohnung und fanden Frau Carl tot auf dem Fußboden liegend. Der Tatbestand läßt die Vermutung zu, daß an der Frau ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden ist. Die Mordkommission wurde benachrichtigt.

Die Angelegenheit des früheren Kriegsgefangenen Daubmann

Im Auswärtigen Amt ist die französische Antwortnote in der Angelegenheit des früheren Kriegsgefangenen Daubmann eingegangen. Die Note stellt fest, daß sich in den französischen Archiven ein solcher Name nicht findet. Es wird auch nochmals darauf hingewiesen, daß die französische Regierung schon früher die Auskunft gegeben habe, in den französischen Gefängnissen befänden sich keine Deutschen mehr. Diese Mitteilung sei das Ergebnis sehr eingehender und sorgfältiger Nachforschungen gewesen.

Uebrigens ist bei der Reichsregierung gleichzeitig ein Protokoll eingetroffen, das die badischen Behörden bei einer genauen Vernehmung Daubmanns aufgenommen haben. Dabei ist Daubmann auch auf gewisse Widersprüche seiner Darstellung aufmerksam gemacht worden. Es verlautet, daß das Protokoll, so abenteuerhaft die Darstellung Daubmanns auch sein mag, keineswegs einen unglaubwürdigen Eindruck mache. Der hauptsächlichste unaufgeklärte Punkt ist, daß Daubmann das italienische Schiff nicht angibt, mit dem er zurückgekehrt ist, weil er angeblich dem Kapitän versprochen habe, ihn nicht zu verraten, damit er keine Ungelegenheiten aus der kostenfreien Ueberfahrt hat. Daubmann hat neuerdings auch eine Postkarte vorgelegt, die von seinem Schiffsfreund stammen soll, auf der aber, ebenfalls mit dem Hinweis auf die versprochene Diskretion, der Poststempel und alle Angaben unleserlich gemacht worden sind, die die Herkunft verraten könnten. Das Protokoll der badischen Behörden ist nach Paris weitergeleitet worden. Die deutsche Botschaft wird es mit anderem Material der französischen Regierung vorlegen. Es wird übrigens auch im Wortlaut der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Der rumänische König an eine Parlamentsabordnung

Aus Bukarest wird berichtet: Der König empfing eine Kommission von Abgeordneten der Kammer, die ihm die Antwort auf die Thronrede überbrachte. Der König hielt an die Abgeordneten eine Ansprache, in der er u. a. ausführte, wenn ein wirkliches und fruchtbares konstitutionelles Leben in Rumänien erstehen solle, so sei ein gewissenhaftes Zusammenarbeiten der drei Hauptfaktoren, König, Regierung und Parlament erforderlich.

Der König fuhr fort: Was mich betrifft, so bin ich entschlossen, dem Lande und Gott gegenüber die mir auferlegte Mission aufs gewissenhafteste zu erfüllen. Sodann sprach er die Ueberzeugung aus, daß das Kabinett in der Kammer die Unterstützung aller Abgeordneten finden werde.

Zur Außenpolitik erklärte der König, die Politik Rumäniens, über die alle politischen Faktoren des Landes einig seien, sei ausschließlich darauf gerichtet, aufrichtigst mit allen Ländern und dem Völkerbund an der Erhaltung des Friedens zusammenzuarbeiten. Unser gesamtes Bündnissystem und unsere auf Verständigung mit allen Ländern gerichteten Bemühungen haben nur dies eine Ziel.

Der König schloß mit den Worten: Ich wäre unendlich glücklich, wenn ich sähe, wie eine solche Entente alle Menschen auch in der inneren rumänischen Politik einigte.

Beschwerden gegen die Polizei

vor dem Landtags-Untersuchungsausschuß

Im Preußischen Landtag hielt der auf Wunsch der Nationalsozialisten eingesetzte Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung von Beschwerden gegen die preußische Polizei seine erste öffentliche Vollsitzung ab. Den Vorsitz in diesem Ausschuß führt Abgeordneter **Schwenk** (Komm.).

Berichterstatter Abgeordneter **Daluege** (Nat.-Soz.) gab zunächst einen grundlegenden Bericht darüber, in welcher Weise die Untersuchungen geführt werden sollen. Er sagte u. a., daß ihm bis heute über 300 Schreiben mit Beschwerden gegen die preußische Polizei zugegangen seien, daß aber ein Teil hiervon an die Ministerialbehörden habe weitergeleitet werden müssen. Dann schlug er vor, die

Untersuchung in drei großen Gruppen

zu führen, und zwar erstens über Vorfälle allgemeiner Natur wie Zusammenstöße mit der Polizei bei größeren Kundgebungen und über das Verhalten der Polizei bei Demonstrationen usw. Im einzelnen nannte er hierbei Zwischenfälle aus zahlreichen preußischen Städten. Was Berlin anlangt, so sollen insbesondere die Zusammenstöße bei der Skagerrak-Feier und bei mehreren Lustgartenkundgebungen nachgeprüft werden. Als zweite Hauptgruppe empfiehlt der Berichterstatter, die „Uebergriffe von einzelnen Polizeioffizieren und -beamten" zu untersuchen, und zwar hierbei insbesondere den Mißbrauch der Dienstgewalt und Mißbrauch der Waffe. Als dritte Untersuchungsgruppe soll schließlich nachgeprüft werden der Erlaß von Verfügungen des preußischen Innenministeriums und der Kommandostellen der Schutzpolizei hinsichtlich der rechtlichen Haltbarkeit und der Handhabung. Dabei komme es dem Berichterstatter u. a. auf die „schikanösen Erlasse über den Begriff der Uniformierung" sowie über die Wegnahme von Abzeichen und auf die Bestimmungen über die Zugehörigkeit zu politischen Verbänden an.

Im einzelnen erwähnte der Berichterstatter auch Zwischenfälle in Köln, Altona, Kassel und Breslau, die der Ausschuß zu untersuchen haben werde. Ferner werde man sich beschäftigen müssen mit Vorwürfen gegen den bisherigen Führer der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, gegen den bisherigen Polizeipräsidenten von Berlin, Grzesinski, gegen die bisherigen Polizeipräsidenten von Oppeln, Königsberg, Altona, gegen den Oberpräsidenten von Kassel, Haas, gegen den Kasseler Vizepräsidenten Friedensburg, und andere höhere Beamte, während der Fall des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß wohl ausgeschaltet werden könne, weil für ihn ein besonderer Ausschuß gebildet sei. Weiteres Material, aber noch nicht für die Untersuchung reif, liege u. a. vor gegen den bisherigen Staatssekretär im preußischen Innenministerium Abegg, gegen Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing.

Beginnen soll die Untersuchung mit der Nachprüfung eines Zwischenfalles auf der Berliner Polizeiwache in der Lynarstraße und mit einem Breslauer Fall. Der Berichterstatter verlangte, daß der Ausschuß Gelegenheit erhielte, das Berliner Ueberfallkommando von der „Lynar-Wache" sowie den Reviervorsteher dieser Wache zu der Behauptung zu vernehmen, daß dieses Ueberfallkommando in der Nacht vom 11. zum 12. Juni d. J. Nationalsozialisten mißhandelt habe.

Der Ausschuß setzte noch Sonderberichterstatter für die vom Hauptberichterstatter vorgeschlagenen drei Untersuchungsgruppen ein.

In der Nachmittagssitzung konnte der Vorsitzende Schwenk mitteilen, daß der Berliner Polizeipräsident keinerlei Einwendungen gegen die Vernehmung der Polizeibeamten der Lynar-Wache am Donnerstag gemacht habe. Ministerialdirektor Klausener vom Innenministerium habe erklärt, ein Regierungsvertreter sei im Ausschuß nur deshalb nicht erschienen, weil auf der Tagesordnung kein konkreter Fall gestanden habe. Jedoch sei

das Innenministerium bereit, Vertreter in die künftigen Sitzungen zu entsenden

und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Im übrigen regte der Vorsitzende an, die Untersuchungsfälle regional zu gliedern und vielleicht auch in Breslau und Kassel Sitzungen abzuhalten. Im Breslauer Fall z. B. ständen vorläufig schon 30 Zeugen zur Verfügung, möglicherweise würden es noch mehr. Eine Tagung in Breslau würde also sehr viel weniger an Fahrtkosten für die Zeugen erfordern. Eine Entscheidung darüber solle jedoch erst getroffen werden, wenn die Berichterstatter einen bestimmten Beratungsplan vorlegen.

Dann vertagte sich der Ausschuß auf Donnerstag zur Untersuchung der Vorgänge auf der sogenannten Lynar-Wache in Berlin. Am Freitag sollen die Vorkommnisse bei der Skagerrak-Kundgebung untersucht werden.

Eine nicht alltägliche Kundgebung

Am Mittwochmittag veranstalteten die Obst- und Blumengärtner aus Frankfurt (Oder) und Lebus im Finanzamt eine nicht alltägliche Kundgebung, um ihre große Notlage vor Augen zu führen: Die auf dem Wochenmarkt angebotenen und übrig gebliebenen Erzeugnisse, darunter 50 Zentner Tomaten, wurden in 15 Wagen zum Finanzamt gebracht und dort in den Gängen und auf dem Hof aufgestapelt. Der Wortführer der Gärtner legte dem Vorsteher des Finanzamtes den trostlosen Notstand des Gewerbes dar. Obwohl der deutsche Markt mit einheimischen Erzeugnissen geradezu überschwemmt sei, gehe die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse unaehemmt weiter. In der vorigen Woche seien in Berlin täglich 16 Eisenbahnwagenladungen ausländischer Tomaten angekommen. Da die Gärtner ihren steuerlichen Verpflichtungen nicht nachkommen könnten, versuchten sie, der Steuerbehörde ihre Erzeugnisse zur Verrechnung unmittelbar anzubieten.

Der Vorsteher des Finanzamtes bedauerte, die aufgestapelten Erzeugnisse nicht annehmen zu können, betonte aber, daß er die Bitte um entsprechende steuerliche Behandlung befürwortend weiterleiten wolle.

Ostasien kommt nicht zur Ruhe

China gegen japanischen Einmarsch in Jehol

Wie die Agentur Indopacifique aus Schanghai berichtet, soll der chinesische Außenminister nach der Konferenz von Hankau erklärt haben, Tschiangkaischek habe mitgeteilt, daß die chinesischen Truppen Widerstand leisten würden, wenn die Japaner in die Provinz Jehol einrückten.

— und gegen direkte Verhandlungen in der Mandschurei-Frage

Wie dem Reuterbüro von amtlicher Seite in Nanking mitgeteilt wird, hat ein Gerücht, daß der neue japanische Botschafter Ariyoshi nach Nanking Vorschläge über direkte chinesisch-japanische Verhandlungen wegen der Beilegung des mandschurischen Konflikts übermitteln werde, keinerlei Bestätigung erfahren. Man betont, daß die chinesische Regierung, selbst wenn dieses Gerücht begründet sein sollte, von ihrer ursprünglichen Politik in der mandschurischen Frage nicht abweichen würde, sondern die Beilegung des Konflikts dem Völkerbund überlassen werde. Infolgedessen kämen direkte chinesisch-japanische Verhandlungen nicht in Frage, um so weniger, als der Zeitpunkt der nächsten Tagung der Völkerbundsversammlung nahe bevorstehe.

Chinesische Boykottbewegung gegen Japan

Times melden aus Schanghai: 70 örtliche Handelsgilden, zu denen die Inhaber des größten Teiles der chinesischen Kaufläden von Schanghai gehören, haben ein Manifest veröffentlicht, in dem sie eine „wirtschaftliche Blockade" gegen Japan erklären und die ganze Nation auffordern, sich daran zu beteiligen.

Änderung der Hauszinssteuer

Aus einem gemeinsamen Runderlaß des Finanzministers, des Wohlfahrtsministers und des Ministers des Innern über die Durchführung der Verordnung zur Aenderung der Hauszinssteuerverordnung teilt der Amtliche Preußische Pressedienst u. a. mit:

Die Stundung

ist künftig nur insoweit zu gewähren, als ohne sie laufende öffentliche Fürsorge eintreten müßte. Dies schließt zugleich die Möglichkeit der Steuerstundung aus, wenn durch sie eine dem Mietwohnungsinhaber zustehende Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung gemindert oder gegenstandslos werden würde, da Arbeitslosen- und Krisenunterstützung nicht Leistungen der öffentlichen Fürsorge sind. Neben der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ist daher die Steuerstundung nur insoweit zulässig, als sonst neben ihnen noch laufende Leistungen der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßten. Die dem Mieter durch die Stundung gewährte Hilfe ist ein Mittel der öffentlichen Fürsorge, mit dem sie ihm ja nach Bedarf in Verbindung mit ihrer sonstigen Leistungen hilft. Daher sind Anträge von Mietwohnungsinhabern auf Hauszinssteuerstundung künftig ausschließlich bei den Fürsorgebehörden zu stellen und demgemäß nur im Fürsorgeverfahren zu verfolgen.

Die Fürsorgebehörden haben bei Berechnung des Bedarfs der Antragsteller die volle Miete anzusetzen und der zur Stundung befugten Steuerbehörde eine Bescheinigung zuzuleiten, die den gesamten Betrag der laufenden monatlichen Unterstützungen angibt, die der Mietwohnungsinhaber erhalten müßte, wenn Steuerstundung nicht gewährt würde. Falls der auf die Mietwohnung entfallende Hauszinssteueranteil diesen Betrag nicht erreicht, ist die Steuer ganz zu stunden, andernfalls nur in Höhe dieses Betrages.

Soweit nach Auffassung der Fürsorgestelle der Wohnungsaufwand des Mieters sich vermindern läßt und dann laufende öffentliche Fürsorge überhaupt nicht mehr erforderlich sein würde, ist in der Bescheinigung die Stundung der Hauszinssteuer nur für einen Zeitraum zu beantragen, der nach Auffassung der Fürsorgestelle unter Berücksichtigung der tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten zur Minderung des Wohnungsbedarfs ausreicht.

Die Hauszinssteuerstundung erfolgt nach der neuen Verordnung u. a., „soweit die Einziehung eines der gesetzlichen Miete entsprechenden Mietzinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist". Dieser geforderte Nachweis ist im allgemeinen durch Vorlage des Protokolls über die fruchtlose Pfändung des Mieters zu führen. Die Steuerbehörde kann jedoch hiervon absehen, wenn der Steuerschuldner glaubhaft macht, daß der Mieter nicht nur den in der Miete enthaltenen Hauszinssteueranteil, sondern die ganze Miete oder einen erheblichen Teil zu zahlen nicht in der Lage ist.

Die Steuerrückstände, die dadurch entstanden sind, daß hilfsbedürftige Mieter ihre Miete im Juli, August und gegebenenfalls auch im September um die im Juni gewährte Mieterleichterung gekürzt haben, weil über ihre bei den Fürsorgebehörden gestellten Anträge noch nicht entschieden war, sind, wenn nicht besondere Gründe entgegenstehen, niederzuschlagen.

Sport

Weltmeister Richter wurde geehrt

Der neue Radweltmeister der Amateurflieger, Albert Richter-Köln, wurde am Mittwochnachmittag um 6 Uhr auf dem Kölner Neumarkt von dem Gau Köln im Bund Deutscher Radfahrer offiziell geehrt. Die Zuschauer und die Vereinsabordnungen der Kölner Radsportvereine mit ihren Fahnenabordnungen und die Bundeskapelle brachten dem neuen Weltmeister stürmische Ovationen dar. Auch der Rundfunk war zur Stelle.

Schalke 04 siegt in Ohligs 6:2

Anläßlich der Jubiläumswoche des VfR. Ohligs weilte der westdeutsche Meister Schalke 04 in Ohligs und konnte hier vor 5000 Zuschauern einen sicheren 6:2-Sieg erringen. Die Knappen spielten mit einigen Ersatzleuten, sicherten sich aber bei der Pause schon eine 4:2-Führung. Beim Stande von 2:2 vermochte Nattkämper auf 4:2 zu erhöhen. Nach dem Wechsel buchte Kuzorra das fünfte und Jatzek auf dem Linksaußenposten das sechste Tor.

Eintracht M.-Gladbach — Fortuna Düsseldorf 0:7

Fortuna Düsseldorf gab am Mittwochnachmittag in Gladbach beim Spitzenreiter der 1. Bezirksklasse, Eintracht M.-Gladbach, ein ganz ausgezeichnetes Gastspiel. 4000 Zuschauer erlebten einen eindeutigen 7:0-Sieg der Fortunen, die ohne den verletzten Hochgesang spielten.

Grosse Werbetage

Margarine, frisch	Pfd. 25 Pfg.		Limburger o. Rinde	Pfd. 50 Pfg.	
Schmalz, rein	„ 45 „		Limburger Stangenkäse	„ 45 „	
Saftschinken, gek.	¼ „ 30 „		Holländer, vollfett	„ 65 „	
Bierwurst, prima	„ 75 „		Edamer, vollfett	„ 68 „	
Bratwurst, ger.	„ 89 „		Edamer, prima	„ 48 „	
Fleischwurst, feinste	„ 90 „		Chester, pikant	„ 78 „	
Hausm. Blut- u. Leberwurst	38 „		Emmentaler, feinst. vollf.	„ 100 „	

Prima Plockwurst, Ausnahmepreis, Pfd. nur 98 Pfg.

Salatöl, goldhell, Liter 42 Pfg. **Maikäse, feinster, Pfd. 95 Pfg.**

Ölsardinen, 2 große Dosen nur 45 Pfg.

Donnerstag, Freitag und Samstag auf alle Margarine von 45 Pfg. an
doppelte Bargeld-Gutscheine!
Auf alle Waren Rabattmarken.
Für eine volle Karte 1 RM Rückvergütung.

Hamburger Kaufhaus Franz Bremer
Burscheid Opladen

Nur RM 3.50 kosten 21 der zur Zeit beliebtesten
Tonfilm- und Tanzschlager für Klavier mit vollständigen Texten
Ungekürzte Original-Ausgaben. Enthalten im neu erschienenen Schlager-Album

ZUM 5 UHR TEE

Band 19
Inhaltsverzeichnis:

Aus den erfolgreichen Tonfilmen:

„Gitta entdeckt ihr Herz":
1. Was kann so schön sein (Engl. Waltz)
2. Mädel, so bist du (Foxtrot)
3. Für dich sing ich meine schönsten Lieder (Rumba)

„Der Frauendiplomat":
1. Musik muß sein (Marschlied)
2. Mir fehlt ein Freund wie du (Tango)

„Ehe m. b. H.":
Wer weint heut aus Liebe Tränen (Slowfox)

„Zwei himmelblaue Augen":
Zwei himmelblaue Augen (Tango)

„Fräulein, falsch verbunden":
1. Ein Kuß mit Liebe (Foxtrot)
2. Seit jener Stunde (Tango)

Und mit den großen Schlagern:

Kleine Elisabeth, na, na! (Tangolied)
Oh Don José (Mama Inez), (Rumba)
Warum küßt mich dein Mund so heiß? (Tango)
Mit dem Peng und dem Radiradibumbumbum (Tom Thumb's Drum), (Foxtrot)
Eine Sommernacht am Meer (Engl. Waltz)
Die alte Spieluhr (Tangolied)
Wenn in blauer Nacht (Maria, my own) (Cuban-Foxtrot)
Wer weiß, ob du für mich die Richtige bist (Kiss me Goodnight), (Engl. Waltz)
Nur Frühling muß es sein (My bluebird's back again) (Foxtrot)
Nur du allein bist die Frau (Plegaria de mi corazon) (Tango)
Jonny, wenn du Geburtstag hast (Foxtrot)
Wenn ich Urlaub hab! (Marschlied)

In altgewohnter erstklass. Ausstattung! Künstler. Mehrfarbentitel!

Hierzu Violin-Stimme (RM 1.80) erhältlich!
Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder wenn nicht erhältlich direkt von ANTON J. BENJAMIN, A.-G., ABTEILUNG SORTIMENT, LEIPZIG C 1, TÄUBCHENWEG 20

Danksagung

Da es mir nicht möglich ist, für die mir beim Heimgange meiner lieben Frau bewiesene Teilnahme, jedem Einzelnen zu danken, so spreche ich auf diesem Wege allen Verwandten, Freunden, Bekannten, sowie Vereinen meinen herzlichsten Dank aus. Ganz besonders danke ich für die schönen Kranz- und Blumenspenden sowie allen denen, die der lieben Verstorbenen das letzte Geleit gaben.

In tiefem Schmerz:
Ludwig Fötsch

Burscheid, im September 1932.

Schöne
3 Zimmer-Wohnung
zu vermieten.
Städt. Sparkasse Burscheid

Behaglich möblierte
Zimmer
(mit oder ohne Frühstück) in gutem Hause, im Mittelpunkt der Stadt, zu **vermieten.** Zu erfahren in der Geschäftsstelle dsr. Ztg.

Bekanntmachung

Betrifft: Ordentliche Hengstkörung für die Deckperiode 1932.

Die ordentliche Hengstkörung für die Deckperiode 1932 findet für Hengste aus den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen und Köln mit Ausnahme des Kreises Monschau, Schleiden, Wipperfürth, Waldbröl und Gummersbach in den Tagen vom

3. bis 5. November 1932, in Köln auf dem Messegelände, statt.

Anmeldungen sind spätestens bis 15. September 1932 an die Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Bonn, Endenicher Allee 60, einzureichen, die auch über die näheren Bestimmungen Auskunft erteilt.

Bonn, den 23. August 1932.

Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz.
Der Vorsitzende: Frhr. von Lüninck.

Veröffentlicht: Opladen, den 6. September 1932.
Der Landrat. In Vertretung: Schmitz.

Bekanntmachung

Nach Mitteilung des Bezirksschornsteinfegermeisters Drösser, Wermelskirchen, wird am kommenden Montag, den 12. September 1932, im Schulbezirk Hilgen, mit der Reinigung der Schornsteine begonnen.

Burscheid, den 7. September 1932.
Der Bürgermeister: Rohde.

Drucksachen

zu billigsten Preisen liefert die Buchdruckerei d. Zeitung

Inserieren bringt Gewinn!

Tanz-Kursus in
Burscheid
Gasthof „Zur alten Post". (Inhaber: Ww. Hugo Urbahn.)
Erste Unterrichtsstunde: Donnerstag, d. 15. September, 20 Uhr. Mäßiges Honorar, keine Nebenkosten.
Anita und Gerda BERIT
Mitgl. d. A. D. T. V.
L.-Schlebusch I, Mauspfad 6, Tel. 536.

Zum Sehen geboren · Zum Schauen bestellt

3 *der schönsten und gediegensten deutschen illustrierten Zeitschriften vereinigt in* **1**

Reichster Inhalt
*
Ueber 100 Seiten Umfang
*
Viele Bilder
*
Farbenprächtige Kunstblätter
*
Preis nur 1.50



Ein Jahrgang bringt eine ganze Bücherei und Bildersammlung: 3 bis 4 Romane, über 200 wertvolle Aufsätze und Schilderungen aus allen Gebieten, viele Bilder und farbenprächtige Kunstblätter

Es gibt keine andere deutsche Zeitschrift von dieser Eigenart, die für den beispiellos billigen Preis von nur M. 1.50 monatl. so Außergewöhnliches bietet!

Gutschein
An den Verlag Heinrich Beenken Berlin SW 19
Bitte senden Sie mir kostenlos ein „Türmer"-Probeheft. 30 Pfennig für Porto füge ich bei.

Bestellschein
An die Buchhandlung
Ich bitte mir die schöne Zeitschrift „Der Türmer" zum monatlichen Preis von M. 1.50 zu liefern.

Ort und Datum: .....
Name: .....
Vertreter gesucht!

Eine Freude für das deutsche Haus!



Gewinnauszug
5. Klasse 39. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

26. Ziehungstag — 7. September 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 5022
2 Gewinne zu 10000 M. 105936
14 Gewinne zu 5000 M. 92377 94458 116864 156791 165480 283039 305266
22 Gewinne zu 3000 M. 86004 100201 159348 173866 236944 252013 306013 320741 344679 347966 366640
68 Gewinne zu 2000 M. 15810 30703 30835 32851 55999 57941 58535 61140 62061 91435 96657 97733 104461 104639 113530 138917 148132 167535 187660 187974 208830 212923 229041 267922 286523 292006 322166 322819 330846 331807 344244 354553 359987 389339
108 Gewinne zu 1000 M. 1659 5030 13136 20580 24111 24203 30133 36319 37862 39359 42037 54852 57648 59155 61334 62772 81173 87175 94857 99819 113305 114462 115284 147325 148234 171338 187206 198609 204389 215054 229882 230627 233947 235887 248255 257239 258396 271749 273823 287198 292678 315572 316148 321073 326204 347740 348743 353827 362410 369029 392497 393188 393775 394441
172 Gewinne zu 500 M. 9708 18073 18408 22791 23844 29683 32642 34611 47260 47834 50723 58858 65447 74364 75826 80229 88626 90052 94087 102582 113416 119550 126916 132257 136151 140319 141384 145449 151793 153076 165912 167837 170981 171730 172235 173455 176856 183502 184181 203344 204210 205849 206075 213630 216486 222414 225849 226780 228608 232447 235826 241235 253578 261386 268810 271188 279077 282770 290970 294297 298196 299189 299318 300600 303035 313132 313919 323109 325244 326240 330677 339702 345183 353035 355517 368407 374262 379110 380419 385113 387426 387722 391389 391911 395159 398944

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 369330
14 Gewinne zu 5000 M. 26613 35269 83515 96681 172476 197776 252636
12 Gewinne zu 3000 M. 19854 119532 195943 278621 296867 332012
32 Gewinne zu 2000 M. 2281 2727 96347 96542 97577 98870 99598 103744 107237 179876 221146 235843 235951 354898 363710 368670
90 Gewinne zu 1000 M. 10356 16453 20631 43108 46596 52118 30367 78576 83263 85612 109804 112518 118190 118205 119278 125314 129481 144249 150361 153374 178914 175150 175547 194717 196719 201757 222482 223924 227974 260861 263432 278221 286505 316425 317499 328841 329007 336325 343644 346390 365346 375936 381369 387822 399291
154 Gewinne zu 500 M. 275 6231 9379 9879 11786 12551 13001 14375 17056 26482 26541 36540 37130 37441 43710 46985 59197 51330 62816 63680 65960 68418 68947 80408 86191 88294 90340 101711 109750 120512 128063 135333 140274 152498 154737 154821 160261 170719 170722 172194 175946 191975 193258 198779 204104 216604 218434 225361 232179 232416 232527 243210 256852 257930 258057 259107 266560 273020 273168 286245 297103 297727 310067 322263 331152 333308 348291 357138 358397 368160 377725 381546 384356 384583 386595 386875 399199

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 100 Schlußprämien zu je 3000, 2 Gewinne zu je 75000, 2 zu je 50000, 18 zu je 10000, 66 zu je 5000, 102 zu je 3000, 272 zu je 2000, 590 zu je 1000, 924 zu je 500, 2836 zu je 400 M.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr. 211 2. Blatt Donnerstag, 8. September 1932

Mariä Geburt

„ziehen die Schwalben furt". Nicht willkürlich wie manch andere Regel, hat der Volksmund den Abzug der Schwalben mit dem früher bedeutungsvollen Lostag „Mariä Geburt" (8. September) in Verbindung gebracht. Wie die wissenschaftlichen Beobachtungen bestätigt haben, verlassen uns tatsächlich die flinken, uns so lieb gewordenen Frühlingsboten in der ersten Hälfte des Septembers. Im Osten Deutschlands fällt der allgemeine Aufbruch der Schwalben gewöhnlich in die Zeit vom 6. bis 10., in Nord- und Mitteldeutschland vom 8. bis 12. September, und aus dem Süden sind sie in der Regel bis zum 15. September alle fortgezogen. Man hat die immer wiederkehrende Gleichmäßigkeit der Abreise mit den in diesen Tagen günstigen Luftströmungen in Verbindung gebracht. Ob wir aber jemals ganz hinter das große Rätsel des Vogelzugs kommen werden? Es hält sie doch nichts länger bei uns zurück. Nicht die südlich warme Septembersonne, ihr Nest, in dem sie geboren, oder unsere Liebe für sie. Wenn die Zeit da ist, wird auch in dem kleinen Vogelherzen die Sehnsucht nach der heißen afrikanischen Sonne so stark, daß es ihr folgen muß. Tage vorher schon ist es fast, als hätten sie Reisefieber. Lauter als sonst klingen die feinen hellen Stimmchen durch den Sommerabend, wenn die Schwalben hoch über den Dächern mit den letzten Goldstrahlen der sinkenden Sonne in lustigem Reigen sich wiegen oder auf Dachfirst und Drähten dichte Notenlinien ziehen und die schönen, weichen Lieder vom Scheiden und von Wiederkehr im Abendhauch verwehen. Eines Tages sind sie alle fort. Die Nacht hat sie entführt, wie sie sie uns einst brachte. Sie nehmen uns den Sommer mit, die Sonne und tragen unsere Sehnsucht der Sonne entgegen, die sich auch schon anschickt zur immer kürzer werdenden Winterfahrt!

Die Erholung der Angestellten

Begründet durch die Wirtschaftskrise sind in den letzten Jahren viele Entlassungen von Angestellten aus Kontoren, Büros und Verkaufsstätten erfolgt. Oft sind die Kündigungen und Entlassungen in so starkem Maße vor sich gegangen, daß den in den Betrieben tätigen Angestellten dadurch eine Arbeitslast verblieben ist, die sie kaum zu bewältigen vermögen. Die Besetzung der Büros usw. ist mitunter so gering, daß der Urlaub mancher Angestellter der kleinen Büros ernstlich gefährdet wird. Aber selbst auch in größeren Kontoren, Verkaufsstätten usw., in denen eine gegenseitige Urlaubsvertretung durch die vorhandenen Angestellten erfolgt, wirkt sich eine Verknappung des Mitarbeiterstabes ungünstig aus. Ist dort auch die Erholung für den einzelnen nicht grundsätzlich gefährdet, so wird ihm doch eine Verkürzung seiner Ferienwochen zugemutet. Dabei ist in den Zeiten der Sorgen und Not und des gesteigerten Arbeitstempos eher eine Verlängerung der Zeit der Ausspannung angebracht als eine Beschneidung.

Es ist deshalb nicht nur die Schlußfolgerung einer gewonnenen Erkenntnis, sondern auch ein Gebot geschäftlicher Klugheit, wenn ein sächsisches Kaufhaus seinen Angestellten die Erholungszeit über die tariflichen Mindestfristen hinaus verlängert. Diese Urlaubsausdehnung genießen alle in Betracht kommenden, vom jüngsten Stift bis zum leitenden Betriebsangehörigen. Außerdem wird den Mitarbeitern dieses Unternehmens ein kostenfreier Kuraufenthalt in dem Personalerholungsheim, sowie eine tägliche Urlaubsbeihilfe von 3 RM bis zum Höchstbetrage von 36 RM bewilligt. Die Geschäftsleitung schreibt in einer Kundgebung an ihre Mitarbeiter, daß sie von der Annahme ausgehe, daß ihre Angestellten auch in diesem Jahre ihren Urlaub nicht zu Hause, sondern auswärts in einer gesunden Umgebung verleben möchten und sich dadurch die notwendige Erholung verschaffen.

Der GDA begrüßt diese kluge Personalpolitik und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß alle übrigen Geschäftsinhaber in dieser Tatsache ein Vorbild sehen und ihren Angestellten mindestens die bisher vorgesehene Urlaubszeit gewährleisten, wenn sie glauben, die für beide Teile gewinnbringende Verlängerung der Urlaubszeit nicht ermöglichen zu können.

Strahlenpilz und Tollkirschen

Mehrere Strahlenpilzerkrankungen und Vergiftungen durch Tollkirschen, die in den letzten Tagen im Rheinland auftraten, lassen folgende Ausführungen aktuell erscheinen: In diesem Jahre häufen sich die Nachrichten, daß Menschen der Strahlenpilzerkrankung erliegen, einer Erkrankung, die gewöhnlich dadurch entsteht, daß bei Spaziergängen Getreidehalme oder Gräser in den Mund genommen werden, auf denen der Strahlenpilz als Schmarotzer sich befindet. Es entstehen dann schwerste Erkrankungen, die häufig tödlich enden.

Die Strahlenpilzerkrankungen zeigen, daß die Berührung von Pflanzen nicht ungefährlich sein kann und es gut, wenn nicht gar notwendig ist, diese Gefahren zu erkennen. Sie kennen, heißt sie zu verhüten wissen.

Der Kirsche ähnlich und daher häufig mit ihr verwechselt wird die Tollkirsche. Sie ist die gefährlichste Giftpflanze, die wir haben. Das in ihr enthaltene Atropin genügt schon nach dem Genuß weniger Kirschen, um beim Menschen stürmische Vergiftungserscheinungen hervorzurufen. Der rote Fingerhut enthält das schwerste Herzgift, das wir kennen, und findet deshalb schon seit 150 Jahren in der Medizin Verwendung. Ein ähnliches, wenn auch schwächer wirkendes Gift enthält das Maiglöckchen. Die Schierlingsarten enthalten das Gift, das im Altertum zur Vollstreckung von Todesarten verwendet wurde und dem bekanntlich Sokrates zum Opfer fiel. Das schwerste Pflanzengift, das es überhaupt gibt, und das schon in einer Menge von 4 Milligramm tödlich wirkt, ist in dem Sturmhut enthalten, der in den Gebirgen von Mittel- und Süddeutschland und in den Alpen heimisch ist. In allen seinen Teilen ist der Goldregen giftig, ebenso wie Wolfsmilch, der Stechapfel und vor allen Dingen die Herbstzeitlose. Der Klatschmohn enthält in geringen Dosen Opium, es empfiehlt sich daher, Mohn den Kindern nicht zu geben, Die Kerne unseres Steinobstes enthalten in geringen Dosen Blausäure, die bittere Mandel sogar in höherer Potenz.

Die Pflanzengifte, die so unheilvoll und zugleich in der medizinischen Anwendung so segensvoll sein können, sind in der Hauptsache Stickstoff enthaltende Kohlenstoffverbindungen, Alkaloide oder Glykoside; in ein und derselben Pflanze sind häufig mehrere Alkaloide. Auch das Gift der Giftpilze gehört zu den Alkaloiden. Zum Hervorrufen von Erkrankungen brauchen die Pflanzen nicht in den Mund genommen zu werden. Häufig genügt schon die Berührung. Am bekanntesten ist dies bei der Brennessel, gefährlicher jedoch bei der Primel. Die Wirkung des Primelgiftes ist an eine gewisse Ueberempfindlichkeit des einzelnen Menschen geknüpft. Es handelt sich dabei um ähnliche Vorgänge, wie wir sie vom Heufieber kennen. Auch der Duft mancher Blumen vermag Krankheitserscheinungen hervorzurufen.

Den Gefahren unserer heimischen Pflanzenwelt kann man aus dem Wege gehen, wenn man folgende Leitsätze beobachtet: Nimm nie unterwegs Blumen und Pflanzen in den Mund; genieße keine Frucht, kein Obst, bevor es nicht gewaschen ist; wasche dir, wenn du vom Spaziergang kommst und Blumen und andere Pflanzen angerührt hast, stets die Hände; iß nicht, bevor du deine Hände gewaschen hast; sorge bei Vergiftungserscheinungen sofort für ärztliche Hilfe. Schnelle ärztliche Hilfe bringt fast immer Rettung, auch bei schwerer Vergiftung. Jede Minute aber ist kostbar.

Schloßbauverein Burg a. d. Wupper

Am Samstag, den 17. September, nachmittags 4 Uhr, findet auf Schloß Burg eine Mitgliederversammlung des Schloßbauvereins Burg a d. W. statt, in der auch der Jahresbericht erstattet wird. Im folgenden wird das Wichtigste aus diesem Bericht mitgeteilt.

Der Besuch im abgelaufenen Geschäftsjahr war im Vergleich zu den Vorjahren etwas zurückgegangen. Es besuchten Schloß Burg 145 701 Personen. In der Hauptsache ist dieser Rückgang bei den Schulen festzustellen. Im Vergleich mit den Vorkriegsjahren ist die Besucherzahl von 145 701 noch immer erfreulich, wird doch die Zahl im letzten Friedensjahr 13-14 mit rund 135 000 noch übertroffen. Trotz der großen Not unserer Zeit ist und bleibt Schloß Burg immer noch der Anziehungspunkt und das Ziel vieler von nah und fern. Möchten auch die Mitglieder in dieser schweren Zeit dem Schloßbauverein treu bleiben! Der Beitrag von 5 Mk. ist wie in früheren Jahren immer derselbe geblieben und zu keiner Zeit erhöht worden. Ein Stab treuer Mitglieder ist für den Verein von größter Wichtigkeit, da doch ohne Zweifel die Mitgliederbeiträge das Rückgrat des Vereins bilden.

In der Sitzung des Schloßbauvereins vom 1. Dezember 1931 konnte die sofortige Ausführung der schon lange projektierten Brücke am Nordtor für die Beseitigung des großen Gefahrenpunktes und Neuregelung des Autoverkehrs durch den Arbeitsausschuß beschlossen werden. Es war durch die ungewöhnliche Gunst der Witterung geglückt, schon im zeitigen Frühjahr, am 28. April 1932, die fertige Anlage für den öffentlichen Verkehr freizugeben.

Außerdem ist an der Brücke auch für die Regelung des Fußgängerverkehrs gesorgt worden. Die Brücke hat an der Seite nach Unterburg hin einen Schrittweg erhalten, der durch eine bequeme Treppenanlage vom Hauptfußgängerweg aus Unterburg erreichbar ist, ohne die Fahrzeuge an der Einfahrt kreuzen zu müssen.

Die allgemeinen Instandsetzungen, Unterhaltungsarbeiten und Prüfung der Blitzschutzanlagen wurden wie alljährlich durchgeführt, bis auf die Dächer der Nordterrasse, die noch einer Konstruktionsänderung bedürfen.

Durch die Mindereinnahmen aus dem Verkauf von Führern und Postkarten standen in diesem Jahre weniger Mittel zum Ankauf zur Verfügung. Dennoch konnten verschiedene schöne Stücke erworben werden. Desgleichen gingen mannigfache Stiftungen ein, die zur Bereicherung des Museums beitragen.

Mit der wachsenden Not der Jugend sind die Aufgaben der Jugendherbergen gewachsen, damit aber auch der Wille, nach Kräften zu helfen. Der Kreis-Jugendherberge Burg fällt noch die Sonderaufgabe zu, die Schulwanderungen nach Burg in Fluß zu halten, einerseits ihrer idealen Bedeutung wegen, weiter aber auch wegen ihrer großen Bedeutung für den bergischen Fremdenverkehr. Die Preise für Verpflegung wurden nach gründlicher Prüfung durch das Kreis-Jugendamt scharf beschnitten, Koch- und Eßgeschirre wurden vervollständigt, um die Selbstverpflegung zu erleichtern, der auch die elektrischen Koch- und Bratherde dienen. Die Uebernachtungsgebühr für Erwerbslose und in Berufsausbildung begriffene Jugendliche wurde gesenkt. Um die Tageswanderung der Schulen zu erleichtern, wurde eine nennenswerte Gebühr für Tagesbenutzung von diesen nicht erhoben. Daß eine Schädigung des Gastwirtsgewerbes durch die Jugendherberge nicht in Frage kommt, erhellt schon die Tatsache, daß nur 202 Personen über 20 Jahre die Jugendherberge benutzten, oder zwei Prozent der Gesamtzahl.

Die jugendpflegerische Tätigkeit der Behörden und Verbände wurde nach Kräften unterstützt. Festtage waren immer die Singfreizeiten der Kreis-Jugend, an deren Zustandekommen die Jugendherberge opferwillig geholfen hat. Opfer forderten auch die Heimatspiele, bei denen die Jugendherberge den Spielern und Komparsen als Umkleideraum diente. Ebenso war der Deutsche Wandertag in Burg kein Habenposten für die Jugendherberge; die zahlreichen Veröffentlichungen in den Organen der deutschen Gebirgs- und Wandervereine beweisen aber seine hervorragende Werbewirkung. An größeren Veranstaltungen sind zu nennen: Die Tagung des Republikanischen Studentenbundes, der Pfadfinder, der Deutschen Freischar, der DHV-Jugend und des Jungjüdischen Bundes Kameraden.

Uebernachtet haben zusammen 7443, gegen das Vorjahr (6418) ein Mehr von 1025 Personen. Weitere 3557 Personen, meist Schulkinder unter Führung der Lehrer, benutzten, die Jugendherberge im Tagesverkehr. Die große Masse kam aus dem Industriegebiet des Rheinlandes. Ausländer haben sich nur wenige eingetragen.

Nur dem Umstande, daß der Schloßbauverein die äußere Instandhaltung der Gebäude übernimmt, ist es zu danken, daß die Jugendherberge sich selbst trägt. Von den geringen Ueberschüssen wurden die Einrichtungsgegenstände für eine kleine Wohnküche in der Mädelherberge beschafft. Ferner wurden die beiden Tagesräume gründlich renoviert.

Aus der Heimat

7847 Einwohner

Die Zahl der Einwohner unserer Stadtgemeinde betrug am 1. August 1932 7838. Im Laufe des Monats August war ein Abgang von 30 Personen zu verzeichnen, während der Zugang 39 Personen betrug. Am 1. September 1932 hatte Burscheid demnach 7847 Einwohner.

Der „schwarze Mann" in Hilgen

Wie im heutigen Anzeigenteil bekannt gegeben ist, wird der Bezirksschornsteinfegermeister Drösser aus Wermelskirchen am kommenden Montag, den 12. September, im Schulbezirk Hilgen mit der Reinigung der Schornsteine beginnen.

Die Schützengesellschaft Blecher 1924

die in diesem Jahre kein offizielles Schützenfest veranstaltet, hat ihre Nachbarvereine zum kommenden Sonntag zu ihrem an diesem Tage stattfindenden Schlußschießen eingeladen, um nicht ganz den Schießsport an den Nagel zu hängen. Wir wissen, daß man es in Blecher versteht, ein Schützenfest zu feiern, und so wird auch diese Veranstaltung nicht enttäuschen. Der Verein hat sich die größte Mühe gemacht, auch in dieser schweren Zeit den Besuchern genußreiche Stunden zu verschaffen. Daß man dem Publikum in Blecher immer etwas Neues zu bieten hat, ist nun einmal bekannt. Und so sehen wir auch diesmal in dem Programm, außer dem sonst üblichen Preisschießen, daß ein Kalb ausgeschossen wird. Eine Sache, die gewiß viele Interessenten erwarten läßt. Außer den Schützenbrüdern ist selbstverständlich auch den Zivilschützen jede Beteiligung zuerkannt. Das Schießen beginnt bereits am Samstag-Nachmittag ab 4 Uhr, sowie Sonntag-Morgen von 9—12 und ab 2,30 Uhr Nachmittags. Während der Nachmittagsstunden ist Platzmusik vorhanden, die dann auch wesentlich zur Vervollständigung des Ganzen beitragen wird. Die Tanzlustigen werden selbstverständlich auch zufrieden gestellt, da ab 6 Uhr die Musik zum Tanze aufspielt.

Es wäre also wieder einmal der Mühe wert, den Blecher Schützen einen Besuch abzustatten, und wir dürfen annehmen, daß er sich lohnend gestalten wird. Wir wünschen daher allen Besuchern recht frohe Stunden und den Schützen ein „Gut Schuß".

Es wird an dieser Stelle schon auf die Anzeige in der morgigen Ausgabe dieser Zeitung aufmerksam gemacht.

Maßnahmen gegen die Felddiebstähle

In letzter Zeit haben die Felddiebstähle von Kartoffeln, Getreide usw. in den Feldfluren des Rhein-Wupper-Kreises einen außerordentlichen Umfang angenommen. Auf die vielfachen Klagen aus bäuerlichen Kreisen hat sich das Landratsamt veranlaßt gesehen, unverzüglich energische Gegenmaßnahmen zu treffen. Neben der Ernennung von Ehrenfeldhütern, deren Aufgabe es ist, gemeinschaftlich mit der Landjägerei den Plünderungen Einhalt zu tun, werden von jetzt ab regelmäßig, zu geeignet erscheinender Zeit, Landjägerautostreifen das Gelände absuchen, um Plünderer dingfest zu machen. Auf diese Weise ist zu erwarten, daß die unverantwortlichen Schädigungen in kurzer Frist verhindert werden. Ein Hand in Handarbeiten mit der Landjägerei benachbarter Kreise wird dieses Vorgehen unterstützen.

Das Heimatmuseum auf Schloß Burg

Das Nachrichtenblatt für rheinische Heimatpflege gibt eine Uebersicht über die Arbeiten der rheinischen Heimatmuseen im Jahre 1931, darin wird berichtet, daß das Heimatmuseum auf Schloß Burg trotz verringerter Mittel manches schöne Stück erwerben konnte oder durch Schenkung erhielt. So u. a. einen vorzüglich erhaltenen Kochherd aus dem vorigen Jahrhun-

Aus der Gemeinde Odenthal

Unglücksfall

An einem der vergangenen Nachmittage ereignete sich ein böser Unglücksfall auf der Straße von Neschen nach Altenberg. Als ein Motorradfahrer mit seiner Frau die genannte Straße befuhr, sprang eine scheuende Kuh gegen das Motorrad. Glücklicherweise fuhr der Mann ein langsames Tempo. Die auf dem Sozius sitzende Frau flog über die Maschine hinweg und erlitt eine böse Armverletzung sowie einen Armbruch, wogegen der Mann mit leichten Knieverletzungen und Hautabschürfungen davonkam. Aerztliche Hilfe war sofort zur Stelle; die Frau mußte ins Krankenhaus in Bergisch Gladbach eingeliefert werden. Das Motorrad wurde stark beschädigt.

Am 14. September: Mondfinsternis

Der Rundfunk wird Erläuterungen senden

Anläßlich der am 14. ds. Mts. zu beobachtenden Mondfinsternis wird der Westdeutsche Rundfunk eine kurze Uebertragung durchführen, die im Augenblick der stärksten Verfinsterung gegen 22 Uhr 5 einsetzt. Das Mikrophon wird sich in einer Privatsternwarte befinden, und der Leiter der Kölner Flugwetterwarte, Dr. Malsch, wird den Hörern die entsprechenden Erläuterungen geben, was sie im Augenblick beobachten können.

---

dert, eine Anzahl Waffen, Jagdutensilien und Gebrauchsgegenstände, die gegen weniger gute Stücke ausgetauscht wurden. Aus der Barockzeit wurden Stühle, ein schwerer Sessel und eine reichgeschnitzte Truhe angekauft. Altes Zinn, Messing, Glas, Porzellan bereichert die Sammlung, im altbergischen Schlafzimmer und in der besonders schönen Küche erfreuen manche Neuerwerbungen den Altertums- und Heimatfreund. Die Dokumenten- und Münzsammlung konnte ebenfalls erweitert werden.

Brotpreissenkung trotz Getreidepreisstützung?

Der Bäcker-Innungsverband „Rheinland" schreibt uns:

Der Herr Reichskommissar für Preisüberwachung hat vom Bäckerhandwerk verlangt, daß es den Preis für Brot den augenblicklichen Marktpreisen für Mehl anpaßt. Dieser Forderung stehen ernste Bedenken gegenüber:

Das deutsche Bäckergewerbe hat zu Anfang 1932 die Brotpreise erheblich gesenkt und die damals festgesetzten Preise durchgehalten. Der Durchschnitt der Mehlpreise vom 1. Januar bis Ende Juli entsprach für Roggenfabrikate dem Januarpreise, während der Durchschnitt für Weizenmehle, die im Rheinland in erheblichen Mengen zur Brotherstellung verwandt werden, erheblich über dem Januarpreise lag. Erst dadurch, daß im August — wie alljährlich zu Beginn des neuen Erntejahres — eine Senkung der Mehlpreise eintrat, sank der Durchschnitt für Januar bis Ende August bei Roggenfabrikaten etwa um 1 RM unter den Januarpreis, während er bei Weizenmehl noch immer um 2 RM über dem Januarpreise blieb. Die Pläne der Reichsregierung zur „baldigen großangelegten Roggenstützungsaktion" haben aber den Markt schon beeinflußt, Ende voriger Woche war sogar Roggen auf dem Markte nicht zu erhalten. Mit einer Steigerung der Getreide- und Mehlpreise muß also gerechnet werden. Daß bei einer derartigen Lage, die vorläufig noch jede Zukunftsberechnung unmöglich macht, für das Bäckergewerbe die Herabsetzung des Brotpreises ein Opfer bedeutet, das in seinen Folgen nicht zu übersehen ist, bedarf wohl keiner besonderen Begründung. Dabei muß hervorgehoben werden, daß nach den bestehenden Bestimmungen das Bäckergewerbe die Brotpreise nicht ohne weiteres den steigenden Mehlpreisen anpassen darf. Jedenfalls hat der Herr Reichskommissar für Preisüberwachung nicht erklärt, daß er die zuständigen Stellen angewiesen hat, gegen spätere, durch Mehlpreissteigerungen verursachte Erhöhungen der Brotpreise keinen Einspruch zu erheben.

Keine Hunde in die Lebensmittelgeschäfte mitnehmen

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen von Inhabern der Lebensmittelverkaufsstellen Klagen über das Mitbringen von Hunden seitens des kaufenden Publikums erhoben werden. Von zuständiger Seite wird daher darauf hingewiesen, daß nach den Vorschriften für den Handel mit Nahrungsmitteln und Genußmitteln Hunde in Räumen, in welchen Nahrungs- und Genußmittel aufbewahrt und feilgehalten werden, weder mitgebracht, noch dort gehalten und geduldet werden dürfen. Eine Beachtung dieser Vorschrift ist sowohl im Interesse der Geschäftsinhaber wie auch der Käufer dringend geboten.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Oberpräsidial-Polizeiverordnung mit Geldstrafe bis zu 150 RM im Unvermögensfalle mit entsprechender Haftstrafe geahndet.

Dreckspritzer kosten Strafe

Es gibt Kraftfahrer, die Regenpfützen bevorzugen und ihre helle Freude daran haben, wenn die beim Durchfahren erzeugten Spritzer das Publikum treffen. Eine solche böswillige Belästigung kann zivil- und auch strafrechtlich geahndet werden. Aber schon bei Unaufmerksamkeit kann der Kraftfahrer in Anspruch genommen werden. Jeder Führer eines Kraftfahrzeugs setzt sich der Bestrafung aus, wenn die Spritzwirkung des Wagens eine gröbliche Belästigung des Publikums darstellt und über das Maß der unvermeidbaren Einwirkung hinausgeht. In den Fällen, in denen nachgewiesen werden kann, daß der Fahrer genug Gelegenheit gehabt hätte, der Pfütze auszuweichen, kann er zivilrechtlich wegen Schadenersatzes und strafrechtlich wegen Sachbeschädigung und groben Unfugs belangt werden. Derartige Streitfälle beschäftigen weit öfter die Gerichte als man gemeinhin glaubt, und die Rechtsprechung auch der höhern Instanzen — u. a. des Kammergerichts — lautet hier durchweg zu ungunsten des Kraftfahrers.

Die Luftpolsterung marschiert

Versuche mit Luftpolsterung für die Sitze in Kraftfahrzeugen sind seit langem im Gange. Die englischen Automobile sind schon häufig damit ausgerüstet. Auch in den Vereinigten Staaten findet diese Bauart zunehmende Beachtung. Beim amerikanischen „Airian"-Sitz sind die Luftkissen ungefähr in derselben Weise wie Luftschläuche hergestellt. In diesen Luftsäcken sind röhrenförmige Versteifungen vorgesehen, wodurch man der Polsterung fast jede gewünschte Form geben kann. Die Luftkissen werden bis zu einem Luftdruck von etwa 0,1 Atmosphäre aufgepumpt. Ein derartig niedriger Luftdruck soll Verluste an Druckluft so gut wie ausschließen und der Luftpolsterung eine lange Lebensdauer sichern. Man hat Luftkissen bereits länger als zwei Jahre benutzt, ohne daß man ihnen irgendwelche Pflege zu schenken brauchte. Das Luftkissen ist im Bedarfsfall mit wenigen Kolbenstößen wieder vollkommen einwandfrei.

Der Begriff der Zahlungseinstellung

Freitod eines Schuldners ergibt nach einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts noch nicht ohne weiteres eine Bekundung seiner Zahlungseinstellung. Ein Kaufmann schied freiwillig aus dem Leben. Ueber seinen Nachlaß wurde später der Konkurs eröffnet und ein Verwalter bestellt. Dieser klagte nun gegen den Verwandten des Geschäftsmannes, der Bank- und Postvollmacht hatte und 30 000 Mark in das Unternehmen gab. Bis zum Tode war die Zinsensumme auf über 2600 Mark aufgelaufen. Unmittelbar vor oder nach dem Hinscheiden des Kaufmanns hatte der Verwandte sich Kundenakzepte über 32 000 Mark genommen. Vorher war aber schon vereinbart, zur Sicherheit für seine Forderung den jeweiligen Wechselstand zu erhalten und ihn zu verwahren. Er besaß allein den Schlüssel. Der Konkursverwalter bestreitet das Recht auf die Wechsel, da 10 Tage nach dem Tode die Zahlungen eingestellt wurden. Die Vorbehörden und das Reichsarbeitsgericht wiesen die Klage ab. Die Auffassung, daß ein Freitod ohne weiteres die Annahme der Zahlungseinstellung ergebe, ist abzulehnen. Es kommt vielmehr in jedem Einzelfall darauf an, ob der Schuldner zur Zeit des Selbstmords wirklich nicht mehr zahlen konnte, was aber hier nicht vorlag.

Ueberraschende Statistik

In Braunschweig und München entfällt auf je 24 Einwohner ein Kraftfahrzeug, so daß diese beiden Städte an der Spitze hinsichtlich des Kraftverkehrs in Deutschland stehen. Der Reichsdurchschnitt liegt bei einem Kraftfahrzeug auf je 94 Einwohner.

Aus der näheren Umgebung

Wuppertal

Keine Genehmigung

Wie gemeldet, hatte der Wuppertaler Oberbürgermeister Friedrich einen neuen Modus zur Zahlung der städtischen Gehälter in Vorschlag gebracht, um dadurch bis zum Ablauf des Etatsjahres (1. April 1933) bei jedem Beamten je ein Monatsgehalt einzusparen. Wie wir erfahren, war von den Betroffenen sowohl bei der Berliner als auch bei der Düsseldorfer Regierung gegen diese Maßnahme Beschwerde erhoben worden. In einer persönlichen Besprechung bei der Regierung in Düsseldorf wurde festgestellt, daß eine Dienstag früh bei der Regierung in Düsseldorf eingegangene Verfügung des Innenministers den Oberbürgermeister Friedrich zum Bericht auffordert. Weiter weist die Verfügung darauf hin, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Gehaltszahlungstermine eingehalten werden müssen. (Die Einsparung sollte bekanntlich durch Streckung der Termine für die Ratenzahlung der Gehälter erfolgen, wobei an einen Ausfall einzelner Raten gedacht war). Alle Aenderungen bedürften der Genehmigung der obersten Landesbehörde. Gleichzeitig wurde dem Oberbürgermeister zu verstehen gegeben, daß die von ihm beabsichtigte Gehaltsregelung nicht die Genehmigung der Staatsregierung erhalten werde.

Ein Ehepaar aus Verzweiflung in den Tod gegangen

Im Hause Elberstraße 7 im Stadtteil Barmen-Wichlinghausen ist eine furchtbare Tragödie aufgedeckt worden. Aus der im Erdgeschoß liegenden Wohnung eines Ehepaares wurde starker Gasgeruch bemerkt. Die benachrichtigte Polizei drang gewaltsam in das Zimmer ein, wo man das Ehepaar gasvergiftet tot auffand. Aus einem Nebenzimmer wurde die hochbetagte Mutter des Ehemannes bewußtlos herausgeholt. Sie konnte durch Wiederbelebungsversuche gerettet werden. Die Gründe dürften in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Diebisches Ehepaar festgenommen

Im Stadtzentrum von Elberfeld wurde ein Ehepaar in Haft genommen, das einer Mitbewohnerin einen Barbetrag von 5000 Mark gestohlen hatte. Der überwiegende Teil des Geldes konnte der Geschädigten zurückgegeben werden.

Düsseldorf

Selbstmörder zum zweitenmal gerettet

Am Dienstagmorgen stellte ein 22jähriger Mann aus M. Gladbach auf der Oberkasseler Brücke sein Fahrrad ab, schwang sich über das Geländer und stürzte sich in den Rhein. Schwimmer brachten den bereits Bewußtlosen an Land. Die Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Das auf der Brücke abgestellte Fahrrad war inzwischen gestohlen worden. — Schon vor zwei Wochen war der Lebensmüde von der Brücke in den Rhein gesprungen. Nur unter größten Schwierigkeiten glückte damals seine Rettung.

Zuchthaus- und Gefängnisstrafen durch das Sondergericht

Das Düsseldorfer Sondergericht verhandelte gegen drei Nationalsozialisten aus Benrath wegen eines Ueberfalls. Die Anklage lautete auf versuchten Totschlag und verbotenen Waffenbesitz. Zeugen gaben eine sehr genaue Darstellung des Vorfalls, so daß das Gericht von der Schuld der Angeklagten überzeugt war. Nach längerer Beratung wurde der Nationalsozialist Himker unter Versagung mildernder Umstände wegen versuchten Totschlags zu einem Jahr acht Monaten Zuchthaus, der Angeklagte Boes wegen Körperverletzung zu sieben und der dritte an dem Ueberfall Beteiligte, Verhöven, wegen Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Köln

Berüchtigter Autodieb festgenommen

Am Dienstagabend ist es der Kölner Ueberwachungsgesellschaft gelungen, auf einem Rundgang in der Badstraße einen berüchtigten Autodieb festzunehmen, auf dessen Konto zahlreiche in der letzten Zeit ausgeführte Autodiebstähle gehen. Auch ist mit ihm das Haupt einer Bande von Autodieben unschädlich gemacht. Im Verlauf der weiteren Ermittelungen wurden dann auch drei weitere Mitglieder der Bande, ein Dieb und zwei Hehler, festgenommen.

Täglich werden 40 Fahrräder geklaut

Wie Kriminaldirektor Bregenzer der Presse mitteilte, sind in diesem Jahre die Kraftwagendiebstähle in Köln erfreulicherweise zurückgegangen. Während es von Januar bis August 1931 noch 588 waren, sind es diesmal nur 368, also ein Rückgang von 220 Fahrzeugen. Diese Tatsache führt man einmal auf die Verstärkung des Streifendienstes der Polizei, dann auch auf die Autowachen zurück. Gesteigert haben sich dagegen die Fahrraddiebstähle, die zwischen 25 und 40 Stück am Tage liegen.

Raffinierter Brillantring-Diebstahl

Dienstagvormittag erschien auf der Hohestraße in einem Juweliergeschäft ein elegant gekleideter Mann, der dem Geschäftsinhaber auf englisch klar zu machen versuchte, einen Brillantring zu kaufen, der im Schaufenster lag. Nachdem er das Stück eingehend betrachtet hatte und sich noch andere Ringe hatte vorlegen lassen, verabschiedete sich der angebliche Käufer, ohne etwas gekauft zu haben. Erst später stellte der Inhaber fest, daß der Gauner aus einer Vitrine im Ladenlokal die Scheibe kunstgerecht herausgeschnitten hatte und ein wertvoller Brillantring mit drei Steinen fehlte, der einen Wert von einigen tausend Mark repräsentiert.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Ein unvorsichtiger Motorradfahrer

Opladen-Quettingen, 8. Sept. Am 26. August fuhr abends gegen 10 Uhr ein Motorradfahrer, der aus Richtung Lützenkirchen kam, unweit der Wirtschaft Friedrichs in eine Gruppe von Leuten. Trotzdem es schon dunkel war, war das Fahrzeug nicht beleuchtet. Hierbei erlitt ein junger Mann, Th. Weber, einen Schädelbruch. Sein Zustand hat sich in den letzten Tagen derart verschlimmert, daß seine Ueberführung ins Krankenhaus sich als notwendig erwies. Der schuldige Motorradfahrer konnte bis heute noch nicht gefaßt werden. Hoffentlich gelingt es, bald seiner habhaft zu werden.

Vom Tisch gestürzt und schwer verletzt

Leverkusen, 8. Sept. Ein junger Mann von hier erlitt im Schloß Reuschenberg eine schwere Verletzung. Er war auf einen Tisch gesprungen, dabei war die Tischplatte heruntergerutscht, sodaß er mit dem Leib auf eines der vier Stahlrohre stürzte, Mit inneren Verletzungen wurde er zum Krankenhaus in Leverkusen gebracht.

Der Kampf gegen die Obstdiebe

Leichlingen, 8. Sept. Zur Unterstützung der Landjägerei und Polizei in ihrem schweren Kampf gegen die überhandnehmenden Obstdiebstähle hat der Bürgermeister eine Anzahl Jagdberechtigter zu Ehrenfeldhütern ernannt. Ferner sind die Landjäger und Polizeibeamten angewiesen, jeden Obsttransport, ob groß oder klein, zu beobachten und sich gegebenenfalls einen Ausweis über die rechtmäßige Herkunft des Obstes vorlegen zu lassen.

Freche Obstdiebe

Leichlingen, 8. Sept. Gestern Vormittag wurden auf der Holzerstraße Diebe von dem Besitzer der Obstanlagen beim Diebstahl von Obst überrascht und von diesem aufgefordert, dies zu unterlassen. Die beiden frechen Burschen ließen sich jedoch nicht stören, griffen vielmehr den Besitzer noch tätlich an. Die Diebe konnten kurze Zeit später von der Polizei gefaßt und zur Anzeige gebracht werden.

Sie wollten die Strafe nicht antreten

Leichlingen, 8. Sept. Drei Personen aus der Ortschaft Nesselrath hatten von dem Solinger Amtsgericht die Aufforderung bekommen, die über sie seiner Zeit verhängte Gefängnisstrafe von je vier Monaten anzutreten. Sämtliche vier Personen hatten dieser Aufforderung keine Folge geleistet, weshalb diese gestern früh verhaftet und dem Gefängnis zugeführt wurden. — Es handelt sich um die vier zum Teil noch jungen Leute, die damals den schweren Einbruch bei dem Mühlenbesitzer in Hasenmühle verübt hatten, bei dem große Mengen Getreide usw. gestohlen und weiter veräußert wurden. Von dem Solinger Amtsgericht waren die Täter zu den genannten Strafen verurteilt worden.

Belebung des privaten Baumarktes

Wermelskirchen, 8. Sept. Die Bauverwaltung hat in den Monaten Juli und August 30 Baugenehmigungen erteilt. Darunter befinden sich 6 Ein- und Zweifamilienhausneubauten, die aus eigenen Mitteln der Bauherren erstellt werden. Weitere Neubauten sollen in Aussicht genommen sein. Damit erfährt das hiesige Bauhandwerk erfreulicherweise lohnende Beschäftigung nach der es sich lange gesehnt hat.

Wäsche gestohlen

Bergisch Born, 8. Sept. Gestern Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr wurde einem hiesigen Einwohner die gesamte Wäsche von der Bleiche gestohlen. Der Betreffende ist dadurch empfindlich geschädigt worden. Als Diebe kommen zwei Mannspersonen in Frage, die bis nach Remscheid verfolgt werden konnten, dort aber sich in Sicherheit brachten. Es dürften dieselben sein, die auch vor einiger Zeit hier einen gleichen Diebstahl begingen.

Wochenendsiedlung

Kräwinklerbrücke, 8. Sept. Eine Anzahl Wochenendhäuser ist in der Umgebung von Kräwinklerbrücke bereits errichtet worden. Um nun den Frische-Luft-Hungrigen der Großstädte bei der Auswahl der Plätze für Wochenendhäuser behilflich zu sein, hat der Vorstand des Westdeutschen Wochenendklubs unter Führung des Vorsitzenden, Landrat Trimborn, Ende der vorigen Woche in Begleitung eines Mitgliedes des Verkehrs- und Verschönerungsvereins eine Besichtigung der Umgebung vorgenommen. Die Teilnehmer dieses Rundganges waren sich einig in der Ansicht, daß die hiesige Gegend ganz besonders zur Errichtung von Wochenendhäusern geeignet ist. Man gab bei der Besichtigung der Meinung Ausdruck, daß Kräwinklerbrücke für die Ansiedlung von Wochenendhäusern der Städte Wuppertal und Remscheid das werden müsse, was die Umgebung der Diepentaler Talsperre für Köln und Düsseldorf sei.

Die Besichtigungsreise der Ministerialkommission

Mittwoch vormittag trafen aus Berlin die Vertreter der Ministerien in Hagen ein, welche auf Einladung des Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes in Wuppertal-Elberfeld die Lage der westdeutschen Wirtschaft, soweit die Verarbeitung von Eisen, Stahl und Metallen in Frage kommt, prüfen soll. Unter Führung von Ministerialrat Ruelberg vom Reichswirtschaftsministerium waren anwesend, Ministerialrat Warncke vom preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, vom Reichsbahnzentralamt Direktor Dr. Fabian, Oberregierungsrat Dr. Leisse vom Statistischen Reichsamt, Berlin, Oberregierungsrat Fritz von der Regierung in Arnsberg, Oberregierungsrat Kleinen vom Finanzamt Hagen als Vertreter des Reichsfinanzministeriums.

Nach einer Begrüßung durch die Vertreter der Handelskammer Hagen, des Eisenbundes und des Arbeitgeberverbandes wurde als erstes Unternehmen die Firma Funcke u. Hueck in Hagen besichtigt, deren Inhaber, Oscar Funcke seinen Dank ausdrückte für den Beweis der tätigen Anteilnahme, die die Regierung durch das Entsenden der Kommission zum Ausdruck gebracht habe. Gleich der Anfang der Rundreise durch das westdeutsche Gebiet vermittelte der Kommission einen Eindruck von dem außerordentlichen Ernst der Lage. An Hand sprechender Zahlen wurde dargelegt, welche vernichtende Auswirkung die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland auf die früher überaus blühende Eisen- und Stahlwarenindustrie gehabt hat. Im Anschluß an die Besichtigung bei der Firma Funcke u. Hueck folgten Besuche bei einer Reihe anderer Unternehmungen. Für Donnerstag sind Besichtigungen in Gevelsberg und Milspe und anschließend daran in Solingen vorgesehen. Am Freitag wird vormittags Remscheid und nachmittags Velbert besucht. Am Samstagvormittag soll im Kaiserhof in Wuppertal-Elberfeld zugleich mit einer Vorstandssitzung des Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes eine allgemeine Besprechung den Abschluß der Reise bilden.

Das Neueste

Der Reichspräsident von Hindenburg ist heute früh aus Neudeck wieder in Berlin eingetroffen. Der Empfang des Reichstagspräsidiums findet Freitag-Vormittag statt.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem früheren Reichskanzler Dr. Michaelis zur Vollendung des 75. Lebensjahres seinen Glückwunsch ausgesprochen.

Der Chef der Marinestation der Ostsee, Vizeadmiral Hansen, wird im Herbst aus dem aktiven Dienst ausscheiden.

In der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz nimmt Oberst a. D. Haselmayr zu der Erklärung des Reichswehrministers in der Gleichberechtigungsfrage Stellung und meint, handeln nicht verhandeln heiße jetzt für Deutschland das Gebot der Stunde.

Die Waldenburger Kriminalpolizei hat Blättermeldungen zufolge den früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten Schulz unter dem Verdacht des Mordes an seinem zehnjährigen Sohn verhaftet.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in der Zeit vom 15. bis 31. August um 158 000 gesenkt.

Der Lohn- und Manteltarif in der Hochseefischerei ist von den Arbeitgebern zum 1. Oktober gekündigt worden.

In Leoben bei Graz kam es am Mittwoch-Abend zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Jungsozialisten, wobei ein Nationalsozialist erschossen und ein anderer lebensgefährlich verletzt wurde.

Die Pariser Blätter geben schon jetzt Auszüge aus dem vermutlichen Inhalt der französischen Antwort an Deutschland. Danach lehne Frankreich u. a. den von der Reichsregierung vorgeschlagenen Meinungsaustausch zu Zweien ab und verweise Deutschland an den Völkerbund, die Genfer Abrüstungskonferenz und möglicherweise an den Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag.

Ministerpräsident Herriot verlas im Kabinettsrat den Entwurf der Note, den er als Antwort auf die deutsche Denkschrift in der Frage der Rüstungsgleichberechtigung vorbereitet hat.

Laut „Matin" hat der gestrige Kabinettsrat die Einberufung des Parlaments zum 16. September beschlossen.

Der Ministerrat in Prag hat das Gesuch Trotzkis um Einreisebewilligung in die Tschechoslowakei zustimmend erledigt.

In der gestrigen Nachmittagssitzung in Stresa wurde die Generaldebatte abgeschlossen. Der Präsident teilte mit, daß zwei Unterausschüsse eingesetzt worden seien, die bereits heute Vormittag mit der Beratung wirtschaftlicher bezw. finanzieller Fragen beginnen werden.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos will am Donnerstag im Zusammenhang mit den Gerüchten über einen bevorstehenden Militärputsch dem Staatspräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreiten.

Der spanische Außenminister hat sich für die Anerkennung der Sowjetregierung durch Spanien ausgesprochen.

Zwischen Pächtern und Gendarmen, die in Barcelona eine Pächterversammlung auflösen wollten, kam es zu einer schweren Schießerei, bei der 25 Personen, darunter 6 Frauen, verletzt wurden.

Nach Meldungen aus Rio haben die brasilianischen Bundestruppen den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Mogi-Mirin im Staat Sao Paulo eingenommen. In Porto Alegre wurde das Zeughaus von einer tausendköpfigen Menge erstürmt und die Waffen und Munitionsvorräte geplündert.

In den Ford-Automobilwerken wird demnächst eine fast allgemeine Senkung der Gehälter und Löhne erfolgen.

Das Hochwasser in Texas hat sich zu einer Katastrophe entwickelt.

Eine Rede Hitlers über die politische Lage

Im überfüllten Zirkusgebäude in München sprach gestern Abend in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Partei Adolf Hitler über die politische Lage. Er behandelte die Arbeit der NSDAP in den 13 Jahren ihres Bestehens und betonte dabei die Legalität, deren sie sich bei ihrer Tätigkeit stets befleißigt habe. Die alten Exzellenzen würden die nationalsozialistische Bewegung nicht unterkriegen, die sich streng an die Verfassung halten und die Verfassung verfassungsmäßig ändern werde. Herr von Papen irre, wenn er meine, die NSDAP könne heute ohne weiteres zu ihm überschwenken. Selbst wenn er, Hitler, wollte, könnte er die Bewegung nicht Herrn von Papen ausliefern, denn sie habe als Bewegung ihren eigenen Willen.

Im Hinblick auf die Beuthener Vorgänge hob der Redner hervor, daß er sich nicht mit der Tat und den Tätern, wohl aber mit seinen Kameraden indentifiziere. Im nationalsozialistischen Reiche würden niemals fünf deutsche Männer wegen eines Polen verurteilt werden. Oder glaubten die Herren wirklich, daß der „Begnadigungsspruch" bestehen bliebe?

Die Nationalsozialisten würden zur Einigung mit einer anderen Partei kommen, wenn es zunächst nicht anders möglich sei, zu regieren. Er, Hitler, verkaufe die Partei nicht für einen Ministerstuhl und nicht für Titel. Was die Regierung jetzt beabsichtige, sei völlig gleichgültig. Sie möge den Reichstag auflösen, die Nationalsozialisten würden diese Regierung niemals anerkennen.

Die Rede Hitlers wurde nach dem gleichfalls überfüllten Hackerkeller übertragen. Beide Versammlungen verliefen ohne Störung.

Westdeutsches

Krefeld. Um den Intendantenposten. Wie man von gut unterrichteter Seite hört, trat der Wahlausschuß zur Neuwahl des Intendanten unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters zu einer Sitzung zusammen und zog aus den eingegangenen 62 Bewerbungen in die engere Wahl: Oberspielleiter Otto Krauff, Berlin, Hans Herbert Michels, Intendant der Württembergischen Volksbühne Stuttgart und Dr. Rudolf Prasch, Intendant des Münchener Stadttheaters.

Oberhausen. Do X unterbricht eine Gerichtsverhandlung. Als das Riesenflugboot Do X über der Stadt Oberhausen kreuzte, hatte das eine seltene Wirkung. Im Gerichtsgebäude war man in tiefster Arbeit. Als das Surren der zwölf Propeller ertönte, verließen Staatsanwalt, Richter und Beisitzer fluchtartig ihre Plätze, um vom Fenster aus den Riesenvogel zu bewundern. Als wieder Ruhe eingetreten war, erklärte der Vorsitzende lakonisch, die Verhandlung hätte wegen des starken Geräusches der Propeller unterbrochen werden müssen.

Hagen. Todessturz. In Balve stürzte ein 68 Jahre alter Fabrikdirektor aus Merseburg aus dem zweiten Stockwerk des Hotels Krohne auf die Straße. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Hagen. Gefundener Sprengkörper explodiert. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich im Stadtteil Haspe. Spielende Kinder fanden ein zehn Zentimeter langes und zwei Zoll dickes Metallrohr, das sie in ein angezündetes Feuer warfen. Bald darauf explodierte das Rohr, das an beiden Seiten verschlossen war, und sechs Kinder wurden teils schwer, teils leicht verletzt. Unmittelbare Lebensgefahr besteht in keinem Falle. Einer der Verletzten konnte bereits aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Dortmund. Essener Räuber in Dortmund erwischt. In einem Dortmunder Bierrestaurant stöberten nachts Kriminalbeamte, die von der Essener Polizei einen Wink bekommen hatten, zwei Essener Räuber auf. Diese hatten am 29. August einen Raubüberfall auf eine Kontoristin in Wuppertal-Barmen ausgeführt, wobei ihnen 1200 Mark in die Hände fielen. Es handelt sich um den Kutscher Max Schlüter und den Bauarbeiter Hubert Schäfer, die bei ihrer Festnahme im Besitze von Herrenmänteln waren, die offenbar aus einem Diebstahl herrühren.

Dortmund. Ueberfahren und in den Kanal geworfen? Die Nachforschungen der Polizei nach der Persönlichkeit des vor einigen Tagen in der Lüdinghauser Gegend aus dem Dortmund-Ems-Kanal geborgenen Toten haben ergeben, daß es sich um den Kellner Hermann Weste aus Dortmund-Marten handelt. Die Leiche wies schwere Verletzungen auf. Es wird angenommen, daß Weste von einem Auto überfahren und getötet und dann von dem Lenker in den Kanal geworfen worden ist.

Dresel (Kreis Altena). Ausflugslokal abgebrannt. Das Ausflugslokal Hüttebräuker brannte nachts bis auf die Grundmauern nieder. Man nimmt an, daß der Brand durch die Fahrlässigkeit eines Wanderburschen, der im Hause übernachtet und geraucht hat, entstanden ist. Der entstandene Schaden beziffert sich auf 30 000 Mark.

Bielefeld. Exemplarische Strafe für einen Brandstifter. Das Bielefelder Schwurgericht verurteilte den 30 Jahre alten Arbeiter Heinrich Fromme aus Uffeln wegen Brandstiftung zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Fromme hatte in der Zeit vom Dezember 1931 bis Mai 1932 drei Brände angelegt, wodurch großer Schaden entstanden war.

Altenkirchen. Großfeuer in Altenkirchen. Morgens gegen 7 Uhr brach aus bisher unbekannter Ursache im Anwesen des Landwirts und Bierverlegers Karl Schäfer ein Brand aus, der mit Windeseile in kürzester Zeit den ganzen Komplex erfaßt hatte. Da Scheune und Stallungen nicht mehr gerettet werden konnten, beschränkten sich die Wehren auf den Schutz des großen Wohnhauses, ohne jedoch verhüten zu können, daß der Dachstuhl ein Raub der Flammen wurde. Die Unglücksstelle bietet ein Bild trostloser Zerstörung, hier und da ragt aus den Trümmerhaufen eine Mauer hervor. Die gesamten großen Erntevorräte sind vernichtet, während das Vieh rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden konnte. Der Schaden ist beträchtlich.

Goch. Tödlicher Unfall im Exhaustor. In den Niederrheinischen Oelwerken waren Arbeiter damit beschäftigt, Getreide mittels Exhaustors zu befördern. Während der Arbeit hatte sich in der Innenwand des Exhaustors Getreide festgesetzt, was den Durchlauf der Oelsaat erschwerte. Der Arbeiter Thomas wurde an einem Strick in den Exhaustor gelassen, um das festgesetzte Getreide zu lösen. Plötzlich stürzten 15 Zentner Oelsaat in den Exhaustor, die Thomas unter sich begruben. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Aachen. Lehrling von einem Motorrad getötet. Auf der Straße Weiden—Eschweiler ereignete sich ein folgenschwerer Unglücksfall. Der Schreinerlehrling Bündgens aus St. Jöris bei Weiden, der mit einem Handkarren nach Weiden fuhr, wurde von einem schweren Kraftrad mit Beiwagen angefahren. Die Wucht des Zusammenstoßes war so stark, daß der Lehrling von der rechten Straßenseite quer über die Straße zur linken Seite geschleudert wurde. Der Lenker des Motorrades, ein Aachener Zuckerhändler, konnte seine Maschine erst 20 Meter nach dem Zusammenstoß, nachdem er gegen einen Baum gefahren war, zum Halten bringen. Der Lehrling wurde mit schweren Kopf- und Brustverletzungen in ein Eschweiler Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb. Zur Klärung der Schuldfrage nahm die Polizei den Fahrer und Beifahrer in Haft.

Der deutsche Gastwirtetag

Nachdem am Dienstag die geschlossene Delegiertenversammlung des Deutschen Gastwirteverbandes getagt hatte, fand am Mittwochvormittag im vollbesetzten großen Schützenhofsaal in Münster mit der großen öffentlichen Versammlung die feierliche Eröffnung des 57. Deutschen Gastwirtetages statt. Die Tagung gestaltete sich zu einer Kundgebung der Forderungen und Wünsche der deutschen Gastwirte, die in Anwesenheit einer großen Zahl von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden ihre berechtigten Belange auf Herabsetzung der unerträglichen Steuerlasten und auf restlose Beseitigung der ungerechten Sondersteuern vertraten.

Der Präsident des Deutschen Gastwirteverbandes, **Köster, Berlin,** hielt die Begrüßungsansprache. Sein Willkommensgruß galt in erster Linie den zahlreichen Ehrengästen. Er führte dann aus: Das deutsche Gastwirtsgewerbe sei heute in seiner überwiegenden Mehrzahl in einem so großen Umfange verschuldet, daß es aus eigener Kraft nicht mehr aus dieser Lage herauskommen könne. Jede Subvention lehne das Gewerbe ab, verlange aber, daß es Hilfe bekomme, sowohl von Gesetzgebung wie Verwaltung, als auch von den Gläubigern. Bezüglich der Einführung der Konzessionssperre in manchen Ländern stellte er fest, daß im verflossenen Jahre die Einsicht der unteren Konzessionsbehörden eine weit größere gewesen sei als die der letzten Instanzen. Eine Sperre von neuen Konzessionen könne keine Hilfe bringen, sondern nur wenn es gelinge, die Anzahl der bestehenden Betriebsstätten um ein wesentliches zu senken. Man müsse sich auch darüber klar werden, ob und in welchem Umfange die Errichtung von Mammutbetrieben und Konzernen zugelassen werden soll. Denn diese Betriebe verhinderten in erster Linie den lebendigen Kontakt mit dem einzelnen Gast und seien für die Konjunktur des Gewerbes genau so schädlich wie der kleinste Betrieb, der keine Rente mehr aufweise. Gastwirtsbetriebe ohne ausreichende Rente seien Gefahrenmomente für das öffentliche Leben. Die alte deutsche Gastwirtskultur müsse nicht nur aus materiellen Gründen erhalten, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß das Gastwirtsgewerbe von ungeheuerer Bedeutung für das kulturelle Leben, für Sitte und Moral unseres Volkes sei.

Oberpräsident Gronowski hieß die Tagung im Land der roten Erde herzlich willkommen. Er verkannte nicht die ungeheuere Not des deutschen Gastwirtsgewerbes und ihre Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben. Er betonte, das deutsche Gastwirtsgewerbe leide vielfach unter den Sünden, die von Deutschen in den letzten 12 Jahren begangen worden seien dadurch, daß sie glaubten, mindestens einmal im Jahr ihre Freizeit im Auslande verbringen zu müssen. In dieser Beziehung müßten Behörden und Berufsverband große Erziehungsarbeit leisten, denn jeder Deutsche müsse zunächst an Deutschland denken, wie es vorbildlich im Auslande geschehe.

Nachdem **Oberbürgermeister Dr. Zuhorn** namens der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft Münsters ebenfalls herzliche Begrüßungsworte gesprochen hatte, begann die Beratung der **Tagesordnung,** die außerordentlich umfangreich ist und nicht weniger als 48 Punkte aufweist. Die zahlreichen Anträge befassen sich in erster Linie mit den verschiedenen Steuern, die das Gastwirtsgewerbe schwer belasten, sowie mit Fragen der Konzession, des Gaststättengesetzes usw. So wurde ein Antrag, die Gemeindebiersteuer solle vollständig aufgehoben werden, angenommen. Bezüglich der Umsatzsteuer wird Ermäßigung auf 0,85 Prozent verlangt. Ein weiterer Antrag fordert Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer und Befreiung der Radioübertragungen. Eine ganze Reihe Anträge befaßte sich mit Abänderungen des Gaststättengesetzes. Für die Straußwirtschaften verlangt der Verband eine polizeiliche Genehmigung und Beschränkung des Ausschanks auf eigene Erzeugnisse im eigenen Hause.

Der Raubmörder Beisemann



bestand, wie schon gemeldet, das Verbrechen in Herbern begangen zu haben.

Hameln. Todesopfer eines Raubüberfalls. Der Bahnwärter Klapproth aus Osterwald, der auf der Landstraße das Opfer eines Raubüberfalls wurde, ist nunmehr, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen. Der noch unbekannte Täter hatte dem Ueberfallenen so wuchtige Schläge versetzt, daß das rechte Ohr glatt abgeschlagen wurde. Dann raubte er seinem Opfer die Barschaft von 16 RM. und schleppte den Besinnungslosen in die Nähe der nächsten Häuser, wo er jedoch erst am anderen Morgen aufgefunden wurde.

Bad Pyrmont. Lohngeldraub im Pyrmonter Kurhaus. Ein dreister Kassendiebstahl wurde im hiesigen Kurhaus ausgeführt. Der Oberkellner hatte gerade Kassenabschluß gemacht, war jedoch für kurze Zeit abberufen worden. Als er das Zimmer wieder betrat, war die Kassette, in der sich über 1800 Mark Lohngelder befanden, verschwunden. Der unbekannte Dieb entkam durch ein Fenster in den Park. Es handelt sich anscheinend um eine wohlvorbereitete Tat und man nimmt an, daß der Täter Helfershelfer gehabt hat.

Die Eibinger Brandkatastrophe

Die Ermittlungen nach der Entstehungsursache des Brandes, dem das alte Kloster und das Rathaus zu Eibingen zum Opfer gefallen sind, zwingen zur Annahme, daß Brandstiftung vorliegt. Mit Rücksicht auf die zahlreichen Brände in den letzten Jahren in Eibingen und Rüdesheim hat die Landeskriminalpolizei einen Aufruf an die Bevölkerung zur Mitwirkung bei der Aufklärung des Brandes erlassen. Für die Ermittlung oder Namhaftmachung eines evtl. Täters ist eine Belohnung von 1000 RM ausgesetzt worden.

Die aus Vertretern der Regierung in Wiesbaden bestehende Kommission, die in Eibingen weilte und die niedergebrannten Schuleinrichtungen besichtigte, hat über deren Wiederaufbau noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Es ist sogar möglich, daß die Eibinger Schulkinder, die zurzeit behelfsmäßig in verschiedenen Eibinger Gasthäusern unterrichtet werden, nach Rüdesheim eingeschult werden.

Der Bischof von Limburg hat angeordnet, daß am 17. September das Hildegardisfest in gleicher Weise wie früher gefeiert wird. Der Bischof selbst wird am Festtage das Pontifikalamt halten. Wie es heißt, wird der Reliquienschrein so lange in der Abtei auf dem Berge aufbewahrt, bis der Heiligen Hildegard wieder ein würdiges Heiligtum errichtet ist.

Vater und Sohn vom Zuge erfaßt

Wie man aus Neuwied mitteilt, wurde der auf der Eisenbahnbrücke zwischen den Stationen Elsaff und Windmühle der Strecke Neuwied—Altenkirchen beschäftigte Monteur Heinrich Kregel sowie dessen Sohn von einem Personenzug erfaßt. Während der Vater sofort tot war, mußte der Sohn mit schweren Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Unfall ist um so trauriger, als Vater Kregel acht unmündige Kinder hinterläßt.

Zwei Tote bei einem Motorradunglück

Ein schweres Motorradunglück ereignete sich zwischen Olpe und Drollshagen. Ein aus Attendorn stammender Motorradfahrer mit Sozius fuhr in einer Kurve in schnellem Tempo gegen einen Baum. Bei dem Anprall wurden beide Fahrer auf die Straße geschleudert und auf der Stelle getötet. Das Unglück ist umso tragischer, weil es sich um zwei erwerbslose junge Arbeiter handelt, denen eine Stunde vorher auf dem Arbeitsamt in Olpe Arbeitsstellen vermittelt worden waren. Auf der Fahrt dorthin ereignete sich dann der schwere Unglücksfall.

Eine Bohnenstange durch den Leib gestoßen

Aus Marienberg (Westerwald) wird gemeldet: In einem landwirtschaftlichen Betrieb ereignete sich ein gräßlicher Unglücksfall. Der Besitzer war auf einem Pflaumenbaum mit Pflücken beschäftigt, als ein schwer behangener Ast brach und abstürzte. Der Mann fiel mit dem Leib in eine Bohnenstange, die man zur Stützung der Aeste verwandt hatte. Die Stange drang dem Bauern in den Leib und verletzte ihn lebensgefährlich.

Das Wetter von heute und morgen

Erneute Aufheiterung mit Erwärmung, auffrischende südliche bis südöstliche Winde.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



Roman von Arno Franz: Gertrud Mac Leod



URHEBERRECHTSCHUTZ · DURCH VERLAG · OSKAR · MEISTER · WERDAU · SA.

1

Es war im August 1894.

Am Weiher im Haag, einem kleinen See, der mitten in der holländischen Residenzstadt liegt, und von liebevoll gepflegten Alleen und prächtigen alten Palästen umgeben ist, stand eine junge, schlanke Dame.

Sie war ganz in Weiß gekleidet. Einen Florentiner trug sie am Arm. Sie schien auf jemand zu warten, denn sie trippelte hin und her und schickte ihre nachtschwarzen Augen suchend wegauf und wegab.

Zwei Herren gingen an ihr vorüber.

„Sieh das Haar", sagte der eine zum anderen, „so schwarz, daß es im Sonnenschein stahlblau schimmert! — Hab' ich auch noch nicht gesehen."

„Faktisch," stimmte der andere bei, „das ist Hinduhaar. Uebrigens, wie alt schätzt du die Dame?"

Der Gefragte sah noch einmal scharf zu, zuckte die Schultern und sagte: „Sechszehn — vielleicht".

„Nana — bißchen wenig", zweifelte der Frager, wendete sich im Weiterschreiten ebenfalls nach der Wartenden um und fuhr dann fort: „Scheint Uebersee zu sein — Typus Indien! Wahrscheinlich das Döchtig von einem Maharadscha, zum mindesten aber von einem Nabob."

„Das ist doch unschwer zu ergründen."

„Wieso? — Willst du sie fragen?"

„Nein, das nicht. Hier stehen Bänke. Setzen wollen wir uns und warten. Ewig kann sie dort nicht auf- und abgehen. Und dann, mein Lieber, wo ein Weiblein ist, ist auch ein Männlein oder gesellt sich dazu. Und an den Federn erkennt man den Vogel. — Ich habe noch zwei Stunden Zeit zum Zuge."

„Schön — alsdann nimm Platz. Orchesterloge auf Freibillett! — Du mußt zugeben, daß dir im Haag allerhand geboten wird."

Die beiden Herren — Pieter Calisch hieß der eine, war in Amsterdam zu Hause und nur Geschäfte halber auf einen Sprung herübergerutscht und Allan van der Velde, der andere — setzten sich unweit der Dame auf eine Bank. Sie blickten ungeniert zu ihr hinüber.

In solchen Dingen legen sich die Holländer keine Reserven auf. Die sind nicht anders. In ihrem Benehmen den Frauen gegenüber liegt meist eine gewisse Naivität mit einem herzhaften Strich ins Dreiste. Das, was die Französin einen Kavalier, die Britin einen Gentlemen, die Russin Duschka und die Deutsche einen lieben Kerl nennt, kennt die Holländerin kaum. Dort ist der Mann eben der Mann und den Frauen gegenüber nur mit wenig Ausnahmen wie aus Holz gehackt.

Pieter Calisch war der ältere von beiden, war auch erst dreißig und im Gegensatz zu van der Velde groß und hager. In einem waren sie gleich: in ihren Vätern. Die waren Großkaufleute und verfügten über beträchtliche Vermögen. Das kam den Söhnen zugute und davon machten sie ausgiebig Gebrauch.

Pieter Calisch brannte sich eine Carel an, lehnte sich auf seinem Sitze zurück und sah mit zusammengekniffenen Augen zu der immer noch mit kurzen Schritten auf- und abwandelnden Dame hinüber. Allan beobachtete ihn von der Seite und sah ein scharfes Aufmerken in Pieters Zügen, das sich von Sekunde zu Sekunde verschärfte.

Dieses Beobachten dauerte ein ziemliches Weilchen, dann sagte Allan: „Du scheinst sehr interessiert zu sein, mein Junge."

Pieter richtete sich auf.

„Ich bin dem Mädel bestimmt schon über den Weg gelaufen oder es mir, kann aber nicht finden wo! Ich erkenne es wieder. Es ist etwas an ihm, das mich — —"

„Warum schweigst du? — Ich habe deine Empfindungen immer noch zu respektieren gewußt! — Sprich es schon aus: fesselt wolltest du sagen."

„Warum soll ich leugnen?"

„Das heißt also: es sitzt tiefer und langt für mehr als eine lustige Nacht."

Stirn standen zwei Falten. „Sei nicht frivol," verwies er den Freund. „Das Mädel ist schön und jung und — viel zu sauber für einen Flirt."

Pieter hatte recht. Die Dame in Weiß war tatsächlich schön. Groß und schlank war ihre Gestalt. Der schmiegsame Hals trug einen feingeformten Kopf mit einem ovalen Gesicht von weichem Ausdruck und dunklem Tempre Ueber dem üppig roten Munde stand eine schmale, gerade Nase. Grübchen lächelten in Wangen und Kinn. Große Augen, überschattet von langen Wimpern, träumten unter einer edelgeformten Stirn. Sie waren genau so tiefschwarz wie das glattgescheitelte, in einem Knoten gehaltene Haar.

Pieter Calisch trat die erst halbgerauchte Zigarette mit dem Absatz seines Schuhes aus. Dabei trat er unsanft auf und einmal mehr als nötig war.

„Zum Kuckuck," fuhr er aus Nachdenken auf, „wo hab ich das Mädchen gesehen? — und schnippte mit Daumen und Zeigefinger — „irgendwo ist es gewesen?" Da kam ihm plötzlich die Erinnerung. „Ich hab's," rief er fast fröhlich.

„Na und?"

„Im Klostergarten von Camingha State."

„Im Klostergarten? — Erlaube! Wie kommst du denn dahin?"

„Meine Schwester wurde dort erzogen. Jene Dame auch. Ich war zu Besuch da."

„Wann denn?"

„Im vorigen Jahre."

„Und bist du ihr nicht vorgestellt worden?"

„Leider nicht. Ich entsinne mich aber, daß meine Schwester gesprächsweise ihren Namen erwähnte." — Pieter bedeckte mit der Hand die Augen. — „Wart' mal", sagte er „wie war das doch? — — Ah ja — Margueritta Gertrud Zelle aus Leeuwarden."

Allan lachte schallend auf. „Glänzend! Ganz ausgezeichnet! Mademoiselle Zelle und ausgerechnet aus — — Leeuwarden." — Er konnte sich gar nicht beruhigen und plusterte heraus: „Liegt 'n bißchen weit weg von Indien das schöne Städtchen Leeuwarden. Findest du nicht auch?"

„Hm", machte Pieter.

„Und daß es dort Maharadschas gibt, möchte ich bezweifeln. Was ist denn der Herr Papa?"

„Bürgermeister, wenn ich nicht irre."

„Also doch Herrscher! Wenn auch nicht über — weiße Elefanten, so doch über — —. Reden wir nicht d'rüber." — Er schlug dem Freund übermütig auf die Schulter. Ironisch, enttäuscht und ermutigend zugleich klang sein Vorwurf: „Und da sitzt du noch hier, Pieter Calisch? Ran an die Rampe. Mut, Junge! Eine Margueritta Gertrud Zelle aus Leeuwarden gibt dir bestimmt keinen Korb. Ich habe mir erzählen lassen, daß es — —."

Allan Van der Velde verstummte plötzlich.

Es war eine Weile still zwischen den Beiden.

Pieter hatte den Kopf gegen die Rücklehne der Bank gebeugt und blinzelte in das grüne Blättergewirr zu seinem Haupte. Da stieß ihn Allan leicht mit dem Arme an.

„Du, Pitt — sagtest du nicht vorhin etwas von — zu jung sein für einen Flirt und zu schade? War das nicht so?"

„Ja! — Und?"

„Du dürftest dich ein klein wenig geirrt haben. Bitte, schau dorthin," — er deutete mit dem Kopfe die Richtung an.

Pieters Augen weiteten sich. Auf seinen Zügen lag ein undeutbarer Ausdruck. Es war nicht Enttäuschung und war weder Erregung noch Schmerz. Es war eher grenzenloses Erstauntsein. Wahrhaftig, da ging Gertrud Zelle am Arm eines Mannes dem Buitenhof zu. Und wie sie ging! Schwebend, wiegend und voller Hingabe, eng an seine Seite geschmiegt, mit tiefen und glänzenden Augen.

Am Denkmal König Wilhelms küßten sie sich.

„Auch das noch," sagte Allan. „Das sieht nicht aus wie Vater und Tochter oder Onkel und Nichte, trotzdem der Knabe reichlich alt erscheint."

„Komm," drängte Pieter, in dem eine bange Ahnung lebendig wurde, „ich muß diesen Menschen von Angesicht sehen" — und beide gingen dem Paare nach. Sie waren dichtauf.

An der Passage wendete der Herr an Gertrud Zelles Seite den Kopf.

„Pfui, Spinne," entfuhr es Pieters Lippen und Allan frug zurück: „Was ist?"

„Kennst du den Kerl nicht?"

„Keine Ahnung."

„Der berüchtigste Schürzenjäger Hollands ist's. Ein skrupelloser Hund, ein Spieler und Schuldenmacher und die Schande unserer Armee."

„Ist er Offizier?"

„Ja, Hauptmann sogar. Mac Leod heißt der Ehrenmann."

Mit einem Ruck stand Allan still. „Das ist — —," ihm blieb das Wort auf den Lippen sitzen, und Pieter vollendete: „Mac Leod, der Schotte, der Neffe eines englischen Admirals, der für die Briten zu schlecht war und nun uns mit seiner Anwesenheit beehrt."

Pieter war gallebitter im Munde, als er das sagte. Die Vergangenheit stand auf. Er hatte es Mac Leod noch nicht vergessen, daß er ihm vor Jahren seine kleine Freundin vom Magazin Gerson ausgespannt hatte. — Nicht eigentlich dieses Abspenstigmachen hatte ihn empört — das war nicht anders in dieser Welt, wo der Stärkere den Schwächeren niederringt — aber daß er die kleine, zutrauliche und vertrauende Antje verprügelt und nach vier Wochen schon innerlich zerbrochen und äußerlich heruntergekommen auf die Straße geworfen hatte, mittellos davongejagt, das war eine unbeglichene Schuld. Verziehen war sie ihm nicht.

„Uebrigens — dieser Herr Hauptmann ist garnisoniert in Amsterdam", begann Pieter fortzufahren, „was hat er im Haag zu suchen?"

„Er soll oft hier sein. Man spricht ab und zu von ihm. Deshalb ist es mir nicht uninteressant, ihn per Distanz kennen gelernt zu haben."

„Spielt wahrscheinlich hier oder getraut sich mit Fräulein Zelle in Amsterdam nicht in die Oeffentlichkeit. Verlegt die Stelldicheins nach auswärts."

„Kennst du ihn näher?" fragte Allan.

Zwischen Pieters Brauen stand eine tiefe Falte und seine Stimme klang seltsam rauh, als er erwiderte: „Seit einem Jahre bin ich ihm aus dem Wege gegangen. Wir sind im gleichen Klub. Von jetzt ab werd' ich ihn suchen."

Allan pfiff durch die Zähne und war restlos im Bilde.

* * *

Tante Frieda, diese arme, vom Schicksal zerprügelte Seele, war eine beklagenswerte Frau.

Sie war die Tante Mac Leods.

Wie Tag und Nacht verschieden waren die beiden. Was er liederlich war, war sie geizig, was er an äußeren Vorzügen besaß, ging ihr ab. Sie konnte nur beten, weinen und räsonieren.

Und häßlich war Tante Frieda! Sie war so häßlich, daß sich die Sonne verkroch, wenn sie zum Fenster hinaussah und daß es regnete, wenn sie spazieren ging. Sie keifte vor Tagesanbruch und tat es nachts im Traume noch. Sie war krank, wenn sie es nicht konnte!

Bei dieser Tante wohnte der Neffe Mac Leod — nicht gerade gern, aber billig. Er blieb ihr regelmäßig die Miete schuldig. Dafür unterhielt er in der Huygens-Straat eine Junggesellenwohnung. Die bezahlte er zwar auch nur in unregelmäßigen Zeitabschnitten, aber er bezahlte sie doch. Das war unerläßlich, weil der Passionen mehrere waren, denen er Opfer zu bringen hatte. Sie vertrugen der Tante Frieda strenges Antlitz nicht und was nützt schon ein noch so liebes Mädelchen, wenn es nicht empfangen werden kann.

So etwas kommt vor. Manche Menschen leiden darunter. Das sind die, die sich nicht zu helfen wissen. Die aber immer noch einen Ausweg finden, denen macht es nichts weiter.

Und so erging es Mac Leod. Er hatte ein weiches und weites Herz und ein noch weiteres Gewissen. In jenem hinterließ jeder Schmetterling Spuren, in diesem machte nichts Eindruck.

Augenblicklich lag er in seinem kleinen Heim der Huygens-Straat auf dem Dinan und polierte die Fingernägel.

Ob er den gedeckten Tisch, auf dem die erlesendsten Delikatessen prankten, eigenhändig hergerichtet hatte, hätte nur er selbst zu sagen gewußt, und ob die Delikatessen bezahlt waren, die ein beneidenswertes Dasein vortäuschten, hätte auch nicht bei allen Heiligen beschworen werden können. Mac Leod war eben ein ausgemachter Windhund, und was bei anderen gerade war, war bei ihm krumm.

Im Grunde genommen ging es ihm eklig dreckig. Die Hauptmannsgage hätte dreißigmal im Monat ausgezahlt werden müssen, dann wäre er vierzehn Tage damit ausgekommen. Privatvermögen besaß er nicht. Und die Gläubiger waren rücksichtslose Patrone. Immerhin konnte er sich ihrer zur Zeit noch erwehren. Ein großes Loch auf, ein kleines zu — das verschaffte für kurze Zeit Luft. Aber wie lange noch? Und was dann?

Er war jetzt vierzig Jahre alt. Wer da noch nichts vor sich gebracht hat, ist beim fünfzigsten kaum Millionär. Das wußte Mac Leod genau. Sein einziger Aktivposten war seine Uniform, seine tadellose, schlanke, elegante Figur und sein hübsches, zum mindesten aber interessantes Gesicht.

Mit seinem Namen konnte er in den Kreisen, die sein Dasein hätten vergolden können, keinen Staat mehr machen. Das hatte er verpaßt. Dort war er zuviel und nicht immer vorteilhaft erwähnt worden. Also mußte er den Aktivposten da in die Bilanz einzufügen suchen, wo er auch wirklich und trotz allem immer noch ein Plus bedeuten konnte. Das war nur auf Neuland möglich und auf noch nicht begangenem Wege.

Beides zu finden hatte Mühe gekostet. Aber es war geglückt.

Gertrud Zelle hatte ihm ihr Herz geschenkt und der Alte würde das Geld dazu geben müssen, wenn er sich auch vorläufig noch ablehnend verhielt. Er würde gezwungen werden. Das war für Leod ausgemachte Sache. Wozu gab es eine bürgerliche Moral, die noch immer ja gesagt hatte, wenn sie vor vollendeten Tatsachen stand.

Die Ehre einer Tochter rettet ein Vater, wenn es nur irgend möglich ist. — —

* * *

Die Flurglocke schellte.

„Endlich," rief Mac Leod, sprang auf und ging öffnen.

Er machte ein mehr wie enttäuschtes Gesicht, als er sich Herrn Scholemer aus der Großen Raamgracht gegenübersah.

Dort wohnen die Leute, die noch im Kaftan gehen, Ringellöckchen tragen, Geld verleihen und ohne die Mac Leod und seinesgleichen weder stehen noch gehen können.

Scholemer zog den Hut. Er grüßte freundlich. „Daag," sagte er und kraute sich hinter den Ohren, als er in Leods bitterböses Gesicht sah.

Dort schien ein Gewitter aufzuziehen.

„Au wei," sagte er, „ich komme Herrn Hauptmann ungelegen."

„Immer, Herr Scholemer," antwortete Mac, „immer tun Sie das. Mir ist noch kein Gläubiger gelegen gekommen. Sie müssen Geldbriefträger werden, da seh' ich Sie lieber. Aber um die Sache kurz zu machen: Schlagt mich tot, Scholemer, ich hab' kein Geld und Zeit hab' ich auch keine, denn ich erwarte Besuch."

Scholemer lächelte. Er kannte das Klagelied Jeremiä. Es klang überall gleich. „Nicht 'en Quartche, Herr Hauptmann," fragte er.

„Nich' mal 'n Doppelche, lieber Scholemer, nichts — rein gar nichts. Ich hab den letzten Gulden ins Geschäft gesteckt."

„In was for e Geschäft, Herr Hauptmann?"

Da kam Mac plötzlich ein Einfall. Er nahm den Alten um die Schulter. „Kommen Sie 'rein, Scholemer," sagte er, „wir wollen ein vernünftiges Wort reden" — und schob ihn über die Schwelle.



Eine neue Büste des Reichspräsidenten

wird gegenwärtig auf der jetzt eröffneten Großen Berliner Kunstausstellung gezeigt. Die Plastik ist aus Granit geschaffen und stammt von dem Bildhauer August Rades-